

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Vilém Fuchs

Nach zehn Jahren —
Rückblick auf den
Prager Frühling

Hermann Weber

Die deutschen
Kommunisten 1945
in der SBZ

Probleme bei
der kommunistischen
Kaderbildung
vor der SED-Gründung

ISSN 0479-611 X

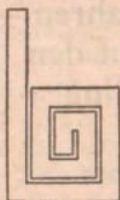
B 31/78

5. August 1978

Vilém Fuchs, geb. 1923 in Saarbrücken; 1935 nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Nationalsozialisten im Saarland Auswanderung nach Prag; zwischen 1939 und 1945 Teilnahme am Widerstand; Gestapohaft bis Kriegsende. 1945—1949 Studium an der Prager Karlsuniversität; 1949 Sekretär der Hochschule für Politik und Ökonomie; 1951 in der Vorbereitungsphase der Slánský-Prozesse wieder politisch verfolgt; entlassen und als Hilfsarbeiter in die Fabrik geschickt. Nach Stalins und Gottwalds Tod in einer Schreinerei tätig, später als Ingenieur und dann als Leiter der Organisationsabteilung des zweitgrößten tschechoslowakischen stahlverarbeitenden Unternehmens CKD. 1963 rehabilitiert; Wechsel zum Tschechoslowakischen Rundfunk; 1965 Bonn-Korrespondent von Radio Prag; 1969 die Abberufung nach Prag nicht befolgt; seither in der Bundesrepublik Deutschland, seit 1970 Redakteur bei Radio Bremen.

Hermann Weber, Dr. phil., geb. 1928 in Mannheim, o. Professor an der Universität Mannheim (Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II).

Veröffentlichungen u. a.: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Hannover 1961 (4. verb. Aufl. 1970); Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln 1963 (3. Aufl. 1973); Lenin, Ausgewählte Schriften, München 1963; Konflikte im Weltkommunismus, München 1964; Die Kommunistische Internationale, Hannover 1966; Von der SBZ zur DDR, Hannover 1968; Der Gründungsparteitag der KPD, Frankfurt/Main 1969; Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bände, Frankfurt/Main 1969 (einbändige Studienausgabe 1971); Demokratischer Kommunismus?, Hannover 1969; Lenin, Hamburg 1970; Ansätze einer Politikwissenschaft in der DDR, Düsseldorf 1971; Das Prinzip links, Hannover 1973; Lenin-Chronik (zusammen mit Gerda Weber), München 1974; Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974; DDR-Grundriß der Geschichte 1945—1976, Hannover 1976; SED-Chronik einer Partei 1971—1976, Köln 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Nach zehn Jahren — Rückblick auf den Prager Frühling

Freude und Kummer, Niedergeschlagenheit und Siegesicherheit, Provinzialismus und weltbeglückender missionarischer Eifer liegen in der tschechischen Geschichte seit jeher eng beieinander. Kaum 1918 im Schatten des alliierten Sieges über die Mittelmächte geboren, blickt die Tschechoslowakei schon zwanzig Jahre später in den Abgrund ihrer Auflösung; hatten noch die Staatsgründer vermeint, durch die Konstruktion eines tschechoslowakischen Staatsvolkes die Nationalitätenproblematik des neuen Staates wenigstens mit dem Rechenschieber auf Kosten der Slowaken und der deutschen „Minderheit“ lösen zu können, sind die Tschechen nach 1939 gezwungen, um die nackte Existenz ihres Volkes zu kämpfen. Die nationalsozialistische Besatzungsmacht entwickelt reale Pläne zur Vernichtung des slawischen Bevölkerungsanteils im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren. Und wiederum sechs Jahre später triumphieren die Tschechen über ihre ehemaligen deutschen Mitbürger: bei der Vertreibung reichen sich chauvinistische Nationalisten und kommunistische „Internationalisten“ die Hand zum Bund.

Die sowjetische Armee brachte auf ihren Bajonetten für die Tschechen die Befreiung: In Prag wußte man, daß ein kleines Land inmitten Europas, ein Land mit unverhältnismäßig langer Grenze, einer großen, mächtigen Schutzmacht bedarf. Nach den Erfahrungen mit München 1938 kamen dafür weder Frankreich noch England in Frage; nach den Erfahrungen mit Lidice schied ein künftiges, wenn auch demokratisches Deutschland aus der bloßen Überlegung aus, Prag könne sich je auf seinen unmittelbaren westlichen Nachbarn, der damals übrigens vernichtet am Boden lag, orientieren. Es bot sich das mächtige Rußland an — und Tschechen wie Slowaken ergriffen dankbar und aus wohlverstandener — wie sie meinten — Eigeninteresse die von Stalin gebotene Hand. Nur wenige Jahre später klagte der von den Kommunisten verdrängte ehemalige Staatspräsident Dr. Edvard Beneš kurz vor seinem Tode, Stalin habe ihn mit seinen Garantien, mit seiner Zusicherung, die Sowjetunion werde streng die Souveränität und Unabhängigkeit der Tschechoslowakei achten, betrogen. Aber 1948 war es schon zu spät: von der Sowjetunion gestützt, saß

die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei schon fest im Sattel.

Sie herrschte unter den denkbar günstigsten Bedingungen: Die Tschechoslowakei gehörte zu den industrialisiertesten Staaten Mitteleuropas, sie verfügte über eine gebildete, erfahrene Arbeiterschaft, die Mehrzahl der Intellektuellen glaubte an eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft unter marxistisch-revolutionärer Führung (oder nahm jedenfalls diese Führung in Kauf), die Partei selbst war mit zwei Millionen Mitgliedern längst eine Volkspartei geworden, anscheinend gefeit gegen die sektiererischen Allüren von Kaderparteien bolschewistisch-kommunistischer Prägung.

In kaum zwanzig Jahren hatte die kommunistische Partei dieses Einsatzkapital verspielt. Sie hatte sich unter Moskauer Druck zu einer Imitation der KPdSU entwickelt: Sie hatte „ihre“ Prozesse gegen angebliche Feinde und Verräter inszeniert, sie hatte ihre politische Stellung im Staate gröblich mißbraucht, sie hatte sich zur unkontrollierbaren und unkontrollierten Monopolmacht entwickelt, zum Richter über Gut und Böse, über Wahr und Unwahr, zum Herrscher über Körper und Geist ihrer Untertanen. Der Preis für diese Transformation war erschreckend hoch: Die Gesellschaft stagnierte, sie geriet in eine tiefe geistige und materielle Krise. Der Führung ging es nicht mehr darum, das Wesen sich immer wieder reproduzierender Probleme zu erkennen, um auf Grund einer objektiven Analyse die Ursachen von Schwierigkeiten, Krisen und Mangelerscheinungen zu überwinden: es ging nur noch um die Erhaltung der Macht. Das Interesse der Parteiführung geriet in antagonistischen Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft.

Spätestens 1963 sieht sich die KP-Spitze einer wachsenden Opposition im Lande gegenüber; sie stellt fest, daß ihr Einfluß sogar in den Basisorganisationen der Partei im Schwinden ist. Die Partei als Ganzes sieht sich mit Fragen konfrontiert, die an den eigentlichen Nerv ihres Selbstverständnisses rühren. Ein tiefer Differenzierungsprozeß innerhalb der Partei, die immer noch über alle Machtmittel diktatorisch verfügt, setzt ein; ein ferner Frühling meldet sich mit wetterleuchtenden Vorzeichen an.

I. Wurzeln und Aufgaben

Dar alarmierenden Anzeichen der Abkehr auch der verlässlichsten Stützen von der bisherigen Linie der Partei, von Widerstand und Passivität der Bevölkerung, von Mißachtung erteilter Richtlinien, von der Vergreisung der Partei und dem Widerwillen der Jugend, in die Fußstapfen der Väter zu treten, und die Tatsache, daß nunmehr Leute vierter und fünfter Kategorie bereit waren, der Partei Feder und Kopf zur Verfügung zu stellen, machten es notwendig, diesen Prozeß zu analysieren, um ihn durch eine gründliche Überprüfung der bisherigen Arbeitsmethoden der Partei und durch die Formulierung einer neuen politischen Linie aufzufangen. Waren die bedrohlichen Anzeichen Symptome einer echten Krise der ganzen Gesellschaft, Anzeichen eines Schiffbruchs der bisherigen Politik, Anzeichen dafür, daß der Sozialismus auf Sand gelaufen war und ohne Abwerfen unnützen, byzantinischen, nach wie vor stalinistischen Balastes überhaupt nie wieder flott gemacht werden könnte? Oder aber waren der Partei wohl einige Fehler und Irrtümer unterlaufen, die Hauptlinie jedoch richtig gewesen? Im letzteren Fall wären die negativen Erscheinungen, über die sich so viele Kommunisten den Kopf zu zerbrechen begonnen hatten, natürliche Begleiterscheinungen jeder sozialistischen Entwicklung gewesen — es ging nur darum, sie nicht sichtbar werden zu lassen und den Kritikern zu beweisen, daß die Partei die Kraft habe, sich nach wie vor mit allen Andersdenkenden (d. h. Feinden) auseinanderzusetzen und sie zu vernichten.

Es ist kein Zufall, daß, je deutlicher der Zerfall wurde, die verbalen Äußerungen der Parteiführer härter, „klassenbewußter“, phrasenhaft-revolutionärer wurden; wieder wurde die Freiheit zur „Klassenfreiheit“, die nicht für alle da sei, wieder wurde die Demokratie zur Demokratie für einige Auserwählte, wieder gab es nur ein Kriterium für Wahrheit und Recht: der Zweck der bestehenden politischen Ordnung. So der Ideologie-Chef des ZK Hendrych auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der KP am 26. September 1967: „... dem konzentrierten Kampf der Gesellschaft fallen nolens volens die verschiedensten Parolen von Freiheit, Demokratie und Humanismus in den Rücken, soweit sie ihres sozialistischen, ihres Klasseninhalts beraubt sind. Bei der abstrakten Auffassung dieser Parolen kommt es dann leicht zu einer Verwechslung von schöpferischer Freiheit mit Anarchie, von Demokratie mit Liberalismus und sozialistischer mit bürgerlich-demokratischer Demo-

kratie“¹⁾. Hendrych wußte, welche Methode hier „helfen“ könnte — es war die stalinistische: „Die antikommunistische Kampfansage kann nicht ohne Antwort bleiben. Und mit harter Antwort muß auch der rechnen, der sich zu dieser Propaganda hergibt oder ihr behilflich ist.“²⁾

Die Ursache für alles Ungemach, das in den vergangenen Jahren über die Partei hereingebrochen war, lag danach also nicht etwa in der Sterilität ihrer eigenen Ideen, der Unbeholfenheit ihres auf alle Ewigkeit installierten Apparats, der Isolation, in die sie sich hineinmanövriert hatte, sondern in der unberechtigten Weichheit und Toleranz, die sie nach dem XX. Parteitag der KPdSU in der fälschlichen Annahme praktiziert hatte, der Sieg des Sozialismus über den Klassenfeind sei schon so über alle Zweifel erhaben, daß man sich einige Tauwetter auch zu Hause leisten könne. Nicht Tauwetter, Eiszeit sei das adäquate Klima für die unbeschränkte Führungsposition der Kommunistischen Partei, sie brauche eine harte Faust, eine harte Autorität. Auf derselben Sitzung des ZK sekundierte der Kultusminister Hoffmann (heute Gewerkschaftsboß) seinem Chef: „Mir fällt die Frage ein . . ., ob der Fehler nicht anderswo liegt. Ob wir diese Kommunisten nicht schon früher hätten zur Verantwortung rufen sollen.“³⁾ Auf diesem ZK-Plenum wurden die Schriftsteller Klíma, Liehm und Vaculík aus der KP ausgeschlossen, Procházka seiner Funktion als Kandidat des ZK enthoben.

Für die Vertreter der harten Linie, die sich um den Ersten Sekretär des ZK der Tschechoslowakischen KP, Antonín Novotný, scharten, wäre die Grundfrage der weiteren Entwicklung und der Stellung der Kommunistischen Partei im wesentlichen durch die Rückkehr zu den bewährten theoretischen und praktischen Prinzipien der Periode vor dem XX. Parteitag der KPdSU „gelöst“ gewesen. Es wäre unrichtig, diesem Flügel ausgeprägter Konservativer in der Partei zu unterstellen, sie hätten den Rückfall zu stalinistischer Terrorjustiz, zu persönlicher Willkür, zu den russisch-asiatischen Methoden der späten Stalinzeit für erstrebenswert gehalten. Es ging ihnen eher um die Erreichung stalinistischer Ziele mit verfeinerten Methoden, angepaßt an die Möglichkeiten und die Praxis eines mitteleuropäischen Landes. Diktatur ja, aber ausgeübt nicht durch kleine Za-

¹⁾ Rudé právo, 30. 9. 1967.

²⁾ Ebenda.

³⁾ Ebenda.

renimitationen in Kreisen und Bezirken, sondern durch eine ungreifbare, stupide, kulturlose Bürokratie: Diktatur dem Unbotmäßigen gegenüber ja, aber nicht mehr durch Schauprozesse und Henkersorgien, sondern durch Entlassung, Verfehmung, durch die Unmöglichkeit, im erlernten Beruf oder in einer angemessenen Stellung tätig zu sein: Diktatur ja, aber nicht durch die Herrschaft der Partei gegen die Staatsmacht, durch die Duplizierung der Macht, sondern durch die lückenlose Unterordnung aller Machtinstrumente des Staates, der Gewerkschaften, der Genossenschaften usw. unter die gefestigte, unkontrollierbare Führung der Partei. Es muß nicht besonders betont werden, daß dieser Weg die tiefe Krise des Verhältnisses zwischen Gesellschaft, Staat und politischer Führung nicht nur nicht lösen konnte, sondern sie unweigerlich immer schroffer reproduzieren mußte — bis zur Katastrophe. Da die Husáksche Periode nach dem April 1969 die tatsächliche Realisierung der Vorstellungen des konservativsten Flügels der Vorjännerpartei darstellt, können sich immer wieder reproduzierende Krisen gar nicht ausbleiben.

Auf dem gegenüberliegenden Pol fanden sich inzwischen die Kräfte zusammen, die in den Anzeichen sinkender Autorität der Partei, wachsender Konflikte im öffentlichen Leben, steigender und anscheinend mit bisherigen Methoden unlösbarer Disproportionen in der Wirtschaft keine bloßen isolierten Phänomene, sondern Symptome einer tiefen, historischen Krise der sozialistischen Gesellschaft, der Funktion der Partei, der Organisation des sozialistischen Staates sahen. Allerdings stellte die Gruppe, die nach dem Entscheidungskampf zwischen den beiden Flügeln im Januar 1968 an die Spitze der Partei gelangte, nie eine einheitlich ideologisch ausgeprägte Bewegung dar; es gelang ihr auch nicht, sich im Verlauf der weiteren Monate dazu durchzuarbeiten. Das war nicht nur ihr eigener, subjektiver Mangel. Moskau, Ost-Berlin, Warschau haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um dieser Führung die notwendigste Zeit zur Regelung der eigenen Angelegenheiten zu nehmen. In einer Atmosphäre unaufhörlichen Drucks und Mißtrauens werden schwerlich theoretische Studien angestellt, die zur Klärung der eigenen Position Wesentliches beitragen.

Dieses Mangels waren sich die Führer der neuen Bewegung wohl bewußt. Čestmír Císař, damals Sekretär des ZK für ideologische Fragen, antwortet noch am 22. Juni 1968 im Rudé právo dem sowjetischen Akademiker F. Konstantinow auf dessen Invektiven: „Die gegenwärtige Politik unserer Partei braucht

ihre theoretische Begründung und Verallgemeinerung. Ihre Besonderheit besteht darin, daß sie nicht in irgendeinem Kabinett und im Vorhinein, sondern im Prozeß des Kampfes um die Überwindung der dogmatisch-sektiererischen und konservativen Deformation sozusagen auf dem Marsch formuliert wurde. Sie hatte bis jetzt noch nicht viel Zeit, ihre theoretischen Grundlagen, ihre Ideologie auszuarbeiten.“ Císař war sich dessen bewußt, daß „unsere neue Politik ausgeprägt experimentellen Charakter hat, nicht mit fertigen Vorbildern arbeitet und einen ungewöhnlichen Weg durch unerforschtes Terrain bahnt. Sie würde sich der Gefahr eines pragmatischen Praktizismus oder eines radikalen Abenteuertums aussetzen, sollte sie nicht fähig sein, früh genug ihre theoretischen Postulate und Prinzipien zu konzipieren.“

Die Überzeugung, daß es klarer theoretischer Einsicht in das Wesen des immer intensiver vorandrängenden gesellschaftlichen Prozesses nach dem Januar 1968 bedurfte, ist überhaupt typisch für die Entwicklung in der Tschechoslowakei. Vom ersten Tage an steht sie im Zeichen bohrenden Suchens nach Wegen, nach Zielen, nach Methoden der neuen Politik. Natürlich ist dieses Suchen unlösbar verknüpft mit der kritischen Analyse des bisherigen Zustands, mit der Ablehnung all dessen, was der Konstruktion einer sozialistischen Gesellschaft „mit menschlichem Antlitz“ im Wege gestanden hatte. Ebenso, wie die Ziele der gesellschaftlichen Renaissance dabei unterschiedlich definiert wurden, setzt auch die Kritik an verschiedenen Schwerpunkten der — wie man glaubte, überwundenen — Periode der bürokratischen Diktatur an.

Vorraussetzung für theoretische Erkenntnis war jedenfalls die Freiheit des Denkens, des Wortes, der Versammlung, der öffentlichen Meinungsbildung. Daher der allgemeine Ruf nach der Aufhebung jener Praktiken legalisierter oder rein willkürlicher Art, die den Strom gesellschaftlichen Erkennens unterbunden oder zumindest erschwert hatten. Man hat in diesem charakteristischen Zug eine Spätblüte des bürgerlichen Liberalismus zu sehen geglaubt — zu unrecht. Hier ging es nicht so sehr um das Erblühen „alter Blüten“ als um das notwendige Instrument zur Erkenntnis der weiten Entwicklungsmöglichkeiten einer sozialistischen Gesellschaft und der dazu notwendigen praktischen Maßnahmen. Die Antwort auf die Frage nach dem möglichen Wesen einer sozialistischen Gesellschaft konnte nur die uneingeschränkte Bejahung einer demokratischen Ordnung

sein. Nur in einer Demokratie ist es möglich, die millionenfachen Erkenntnisse aller Teile der Gesellschaft miteinander zu konfrontieren und ihre Synthese zu erstreben. Mehr noch: Nur in einer sozialistischen Demokratie kann eine kommunistische Partei wirklich führen. Denn führen heißt erkennen können, heißt, die dialektischen Gegensätzlichkeiten in der Gesellschaft, die nach marxistischer Ansicht auch in der sozialistischen Phase die Triebfedern ihrer Entwicklung und Bewegung sind, erkennen, analysieren und verändern können. Dazu müssen Gegensätzlichkeiten transparent werden: sie müssen aus dem Dunkel ans Tageslicht treten, sie müssen unverfälscht durch regulierende oder unterdrückende subjektive Maßnahmen in der ihnen adäquaten Ebene ausgetragen werden können — vorgebracht von einzelnen, von Interessengruppen, von Klassen, von Politikern, von Beherrschenden und Verneinenden.

Dr. Jiří Cvekl meint in seinem Aufsatz „Meditationen über die Werke von Karl Marx“: „Entweder volle politische und soziale Demokratie, die faktisch und nicht nur in Deklarationen die Grenzen der Methoden der besten bürgerlichen Demokratien überschreitet, oder Stagnation der ökonomischen und sozialen, kulturellen und moralischen Entwicklung der Gesellschaft und die Versteinigung des sozialen und politischen Organismus zu ähnlichen Fossilien, wie sie die frühere konservative Gesellschaft hervorgebracht hat.“⁴⁾ Dem Anfangszustand der Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Modell der nachrevolutionären Gesellschaft entspricht auch die Feststellung Cvekl's, „geistige und moralische Freiheit könne da nicht existieren, wo es eine unbewegliche Hierarchie gäbe, wo sich jede Person, Institution oder jedes Organ für unfehlbar halte oder sich als letzte Instanz betrachte im Streit zwischen Wahrheit und Irrtümern, die im Bereich des Erkennens, d. h. in der Sphäre des Geistes ausgetragen werden, wo weder Privilegien noch Orden und Auszeichnungen noch Machtmittel gelten.“⁵⁾

Dubček selbst sieht am 22. Februar 1968 in einer Rede zum 20. Jahrestag des kommunistischen Machtantritts in der Tschechoslowakei als Aufgabe der neuen Bewegung, „einen derartigen politischen Raum zu erschließen, in dem die einzelnen Gruppen, alle gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen ihre konkreten Nahziele und -aufgaben zu formulieren imstande wären, in dem jeder Bürger unseres Staates unmittelbar und wirk-

sam — insbesondere an seinem Arbeitsplatz — seine Interessen als Teil unseres gemeinsamen Werkes wahrnehmen könnte.“⁶⁾

Noch scheint Dubček in dieser ersten Phase der Nachjanoarentwicklung den Demokratisierungsprozeß vorerst auf die Partei selbst beschränkt zu sehen — wohl in der Annahme, daß eine innerparteiliche Demokratisierung die erste Voraussetzung für die zweite Phase die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft, sein müsse. In derselben Rede sagt er: „Die führende Rolle der Partei bedeutet in der jetzigen Situation vor allem die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Entfaltung einer tatkräftigen Initiative, eines breiten Feldes für Widerstreit und Austausch von Meinungen, mehr Möglichkeiten dafür, daß jeder Kommunist früh, gründlich und objektiv über Ereignisse zu Hause und im Ausland informiert wird, daß er vor allem nicht nur an der Realisierung, sondern auch an der Ausbreitung der politischen Linie und der Methoden der Partei, besonders auf dem Gebiet, in dem er tätig ist, beteiligt wird. Das bedeutet, daß wir heute größtes Gewicht darauf legen müssen, bei der Aufrechterhaltung eines notwendigen Zentralismus immer mehr und insbesondere tiefere demokratische Formen zu entwickeln, und zwar nicht nur in den höchsten Organen der Partei, sondern vor allem ‚unten‘ in den Organisationen und unter der Mitgliedschaft.“⁷⁾

Der Prager Studentenschaft genügte kaum vierzehn Tage später diese begrenzte „Demokratisierung“ nicht mehr. Sie fordert in einer im „Slawischen Haus“ in Prag angenommenen Resolution verfassungsrechtliche und andere Garantien der elementaren demokratischen Rechte: der Freiheit des Wortes, der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Koalitionsfreiheit. Cisař bezeichnet vor Journalisten in Prag am 23. Mai 1968 „die Vorzensur als eine unwürdige Einrichtung unter den Bedingungen des Sozialismus; sie müsse endgültig verschwinden. Radio und Fernsehen würden der Regierung unterstellt und als offizielle Institutionen des sozialistischen Staates betrachtet. Eminente Persönlichkeiten dürften in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen mit ihren privaten Meinungen zu Worte kommen, selbst wenn diese der politischen Linie der Zeitung oder sogar des Staates entgegengesetzt seien.“⁸⁾

Die Vorzensur wurde aufgehoben, die Nationalversammlung, die Regierung, die Gewerk-

⁴⁾ Rudé právo, 23. 2. 1968.

⁷⁾ Ebenda.

⁸⁾ Zitiert nach Hanswilhelm Haefs, Die Ereignisse in der Tschechoslowakei, Bonn 1969, S. 44.

⁴⁾ Nová Mysl Nr. 5/68, S. 543.

⁵⁾ Nová Mysl Nr. 5/68, S. 546.

schaften, die Jugendorganisationen, die Nationalausschüsse, die Verbände der Schriftsteller, Journalisten, Künstler „entdeckten“ wieder ihre eigentlichen Rechte. Und damit

entbrannte mit desto schärferer Intensität der Streit um das Wesen der sozialistischen Demokratie, um die Fernziele der marxistischen Renaissance des Landes.

II. Um das Wesen der sozialistischen Demokratie

Eine Sache ist die Erkenntnis, nur unter demokratischen Bedingungen könne sich der Sozialismus weiterentwickeln, und eine andere Sache ist die Frage nach dem Wesen dieser Demokratie. Hierbei geht es nicht nur um Organisation und Struktur, um die Funktion der einzelnen Bestandteile des demokratischen Mechanismus, um das Verhältnis zwischen Macht und Kontrolle, um das Verhältnis zwischen den verfassungsmäßigen Trägern der Macht und der Delegation ihrer Ausübung auf die verschiedenen Organe des Staates. Es geht dabei ebenso um die unmittelbaren praktischen Konsequenzen der gefundenen theoretischen Postulate. Nirgendwo wird der Einfluß massiver subjektiver Interessen auf die theoretische Tätigkeit so fühlbar wie bei der Beurteilung und Definierung einer Frage, deren Beantwortung unmittelbar das Leben, die soziale und materielle Stellung sowie das politische Gewicht eines beträchtlichen Teils der Gesellschaft betrifft.

Es konnte gar nicht ausbleiben, daß bei der Radikalisierung der Fragestellung und der Beantwortung der gegebenen Probleme jene Mitläufer der Nachjanuarbewegung bald abfallen mußten, deren investierte Interessen eben mit der möglichst umfassenden Erhaltung der gegebenen Ordnung verknüpft waren. Der Differenzierungsprozeß, der vor dem Januar zu der tiefen Spaltung in der Partei geführt hatte und deren Ergebnis eben die Entscheidung des Januarplenums des ZK gewesen war, mußte fortschreiten. Personen, die noch im Januar zögernd an der Seite der Gegner Novotnýs Position bezogen hatten — vielleicht sogar im Bewußtsein, daß die damalige Parteiführung mit ihren bürokratischen Methoden die anstehenden Aufgaben nicht bewältigen konnte —, entdeckten im Verlauf der Demokratisierung, d. h. der Einbeziehung immer neuer Massen in den reinigenden politischen Aktivierungsprozeß, wieviel sie doch eigentlich mit der ehemaligen Ordnung verband. Sie waren in ihrer praktischen Tätigkeit bestrebt, die Demokratisierungswelle zu bremsen, abzuschwächen, in „ungefährliche“ Bahnen zu leiten und theoretisch die Fernziele der neuen Bewegung so zahm wie nur möglich zu definieren. Die radikalen Elemente sowohl innerhalb, aber auch außerhalb der KP

versuchten im Gegenteil, in der ersten revolutionären Welle soviel wie möglich von dem abzutragen, was die bisherige Entfaltung sozialistischer Beziehungen und Institutionen gelähmt hatte und die Ziele und Aufgaben der sozialistischen Demokratie so weitgehend wie nur möglich zu formulieren.

Die Frage, an der sich die Geister schieden, war die Beurteilung der Stellung der Kommunistischen Partei in dem zu schaffenden demokratischen Modell. Für manche war unter sozialistischer Demokratie eine Art „Self-Denying-Act“ der KP zu verstehen, eine gewisse Modernisierung der Diktatur ohne störenden asiatischen Terror und ohne überflüssige Willkür mit einem gewissen Spielraum für die „übrigen“ Organisationen des „werktätigen Volkes“ bei selbstverständlichem, prinzipiellen Beibehalten der Leninschen Vorstellung von der Transmissionsfunktion aller Organisationen unter der machtpolitisch unerschütterten und unerschütterlichen Führung der Partei. Am 17. September 1969 erklärte das KP-Präsidiumsmitglied Jan Piller, er sei im Januar „davon überzeugt gewesen, man würde nun einen neuen Impuls dafür geben, daß der offene Meinungs-austausch, Kritik und Selbstkritik entwickelt würden — bei gleichzeitiger Unzulässigkeit des Beziehens irgendwelcher parteifeindlicher Standpunkte und unkameradschaftlicher Beziehungen zwischen Kommunisten. Daß ein notwendiger Raum für die initiative Tätigkeit der in außerparteilichen Gremien arbeitenden Kommunisten gewährt würde, wobei ihre Verantwortlichkeit für die anvertrauten Gebiete erhöht würde. Und daß schließlich die führende Rolle der Partei gefestigt würde...“⁹⁾

Es fällt nicht schwer, den faktischen Konservatismus dieser und ähnlicher Ansichten nachzuweisen. Jiří Cvekl bestimmte die Trennungslinie: „Kann man die negativen Erscheinungen, deren Beginn auf dem XX. Parteitag der KPdSU enthüllt worden sind, die Gegenstand scharfer Kritik sind und jetzt bei uns überwunden sind, als bloße Deformation des sozialistischen Systems auffassen, eines Systems, dessen Wesen — in der Regel als kristallklare Realisierung der großen Ideen des

⁹⁾ Rudé právo, 17. 9. 1969.

Sozialismus aufgefaßt — vollkommen von diesen Exzessen unberührt bleibt, oder geht es um die Vertauschung eines Modells des Sozialismus durch ein anderes, eines Systems durch ein anderes System? — Nehmen wir den ersten Standpunkt an, müssen wir auch seine Konsequenzen annehmen. Sie bestehen in der Überzeugung, daß es genüge, die Ungesetzlichkeiten und extremen Exzesse des stalinistischen Regimes abzuschaffen und nur quantitativ das bestehende wirtschaftliche und politische System zu verbessern, um auf diese ruhige und unauffällige Weise zum Gipfel des sozialistischen Aufbaus zu gelangen und dann zum Kommunismus überzugehen . . . — Im zweiten Falle sieht die Sache anders aus: Der Stalinismus ist auch ein ‚Sozialismus‘ eigener Art, jedoch ein begrenzter, beschnittener . . . Er ist daher ein Halbsozialismus und Halbkapitalismus. Eine Renaissance des sozialistischen Programms setzt dann voraus, daß wesentliche Teile des Stalin'schen Modells durch etwas anderes, Gegenteiliges ersetzt werden und eigentlich ein ganz neuer Typ Sozialismus geschaffen wird.“¹⁰⁾

In der Tat formulieren die radikaleren Komponenten der neuen Bewegung die Aufgaben der Nachjanuarpolitik und ihre theoretischen Ziele weiter als die Gruppe der Funktionäre, die in ihren Funktionen im ZK der KP, im Parlament, in der Regierung, in den verschiedensten Gremien des KP-Apparats, der Gewerkschaften usw. vom Januar 1968 überrascht worden waren. Hier erscheint schon die Auffassung von der Stellung der Kommunistischen Partei in einer offenen demokratischen Gesellschaft — wohl als Zentrum der geistigen Macht im Lande — attraktiv für die „Besten“, die „Aristoi“ im antischen Sinne. Diese Partei wird nicht als politisch-repressive Macht gedacht.

Dubček sagte auf der Plenarsitzung des ZK am 1. April 1978:

„Um demokratisch in unserer Gesellschaft leben und regieren zu können . . . , müssen wir ein durchdachtes und gut funktionierendes System von Institutionen, Gremien und Organisationen haben, die neu und effektiv zu arbeiten imstande sind, in dem bereits eine neue Politik betrieben wird, wobei diese Organe unter ständiger demokratischer Kontrolle der Bürger stehen werden. Darum liegt vor uns so dringlich die Aufgabe, die politischen Verhältnisse zu konsolidieren, das ganze bisherige System der politischen Leitung in unse-

rer Gesellschaft so zu entfalten, daß es enger den Sozialismus mit Demokratie verbinde, sachlich und qualifiziert die Lebensbedürfnisse unserer Gesellschaft zu lösen imstande sei, daß ein System geschaffen werde, in dem die Beziehungen zwischen Verantwortung und Kontrolle gelöst sind . . . — Das bedeutet einen Anfang von Verhältnissen . . . , in denen wir Kommunisten unsere Ansichten und Standpunkte in der Diskussion mit allen anderen vorbringen, sie öffentlich verteidigen und beweisen müssen. Die Kommunisten werden nur insoweit an der Spitze der Entwicklung stehen und sie werden eine führende Stellung nur insoweit einnehmen, wie sie sie in demokratischen Verhältnissen mit geistigen und politischen Mitteln erringen und zu bewahren imstande sind.“¹¹⁾

Dubček kommt auf die Idee von der sozialistischen Demokratie in seiner Ansprache vor der Nationalversammlung am 24. April 1968 zurück: „Die sozialistische Demokratie betrachten wir als einen Prozeß, der dauernde Gültigkeit hat. Sozialistische Demokratie, das ist keine bloße Kampagne, das ist ein unaufhörlicher Prozeß, ein systematisches Suchen, ein Unterstützen fortschrittlicher Tendenzen und eine Überwindung von allem, was sich überlebt hat. Sozialismus — das ist eine in der Praxis von Millionen verwirklichte Wissenschaft. Wir müssen uns dessen bewußt sein, was für ein riesiger Raum, aber auch was für Anforderungen hier für eine Politik bestehen, die beide elementare Forderungen voll respektieren will: mit der wissenschaftlichen Erkenntnis übereinzustimmen und zu ihrer Verwirklichung die Mehrzahl der Bevölkerung in Bewegung zu setzen . . .“ In derselben Rede meint Dubček, es „sei heute und in der Zukunft das wichtigste politische Problem der sozialistischen Demokratie, wie zu erreichen sei, daß die Bürger wirklich Subjekte und nicht mehr bloße Objekte des politischen Geschehens seien.“¹²⁾

Theoretischen Analytikern scheinen diese Formulierungen zu vage: Immer noch wird nicht ausgesprochen, wie jene demokratische Einordnung einer Partei, die bisher autoritär regiert hat — und immer noch regiert —, unter den Regeln des Zusammenspiels aller gesellschaftlichen Kräfte garantiert werden soll. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den Reformbestrebungen in der KP und im Bewußtsein dessen, daß Dubčeks Flügel nur ganz knapp an die Spitze der Partei gelangt war, wobei noch wichtige Positionen in den Händen konservativer Elemente verblie-

¹⁰⁾ Jiří Cvekl, Was für ein Modell des Sozialismus?, in: Nová Mysl Nr. 8/1968, S. 1013.

¹¹⁾ Rudé právo, 2. 4. 1968.

¹²⁾ Rudé právo, 25. 4. 1968.

ben waren, kann es nicht wundern, daß derartige Erklärungen, auch wenn sie noch so ehrlich gemeint waren, auf Mißtrauen und Skepsis stießen. Man versuchte, auf die Parteiführung einen entsprechenden Druck auszuüben und ihr durch die Mobilisierung breiter, entscheidender Schichten im Volk Rückendeckung im Kampf gegen die Dogmatiker in den führenden Gremien zu verschaffen.

Die Frage war, in welchem Ausmaß es gelingen würde, die tatsächliche Mitbestimmung, das tatsächliche Mitregieren breiter Volksschichten — auch der „Andersdenkenden“ — in das *künftige* sozialistische Modell (und die *gegenwärtigen* ersten Schritte zu ihm hin) zu projizieren. So meint Karel Kaplan in seinem Aufsatz „Der historische Ort des Aktionsprogramms“: „Solange kein politisches System geschaffen ist, das diesen Schichten die reale Teilnahme an der Macht und an der Staatsführung gewährleistet, kann es nicht sozialistische Demokratie genannt werden. Man kann nämlich demokratisch weder gegen sie, noch an ihnen vorbei, noch ohne sie — sondern nur mit ihnen regieren.“¹³⁾

Um die *Garantie* ging es, dieses „ohne sie“, dieses „gegen sie“ in aller Zukunft unmöglich zu machen.

Schon am 15. März hatte sich das Organ der Tschechischen Sozialistischen Partei, einer seit ihrer 1948 vollzogenen Gleichschaltung unbedeutenden Mitgliedspartei der Nationalen Front, zu Worte gemeldet: Die Gering-schätzung der nichtkommunistischen Parteien stütze sich auf die Erfahrungen in der UdSSR, die nur ein Einparteiensystem kenne; dadurch sei es unmöglich geworden, all die historischen, kulturellen und sozialen Besonderheiten jedes einzelnen Landes, das sich zum Aufbau des Sozialismus entschlossen habe, zu respektieren, denn die einzelnen Parteien seien Dolmetscher legitimer Gruppeninteressen; dieses anzuerkennen sei auf Grund der längst überholten These von der Einheit eines Volkes unmöglich gemacht worden, da nach Stalins Auffassung die Einheit des Volkes monolithisch zu sein habe; weder Marx noch Lenin hätten den Gedanken der Notwendigkeit nur einer Partei für den Aufbau des Sozialismus gekannt¹⁴⁾.

Václav Havel drückt diese Ansicht am 4. April 1968 im Blatt des Schriftstellerverbandes „Literární listy“ in einem Aufsatz „Zum Thema Opposition“ schärfer aus: „Die Demokratie ist nicht eine Sache des Glaubens, sondern eine Sache der Garantien. Selbst wenn

wir einräumen, daß der öffentliche ‚Wettkampf der Meinungen‘ die erste Vorbedingung, der wichtigste Faktor und das natürliche Ergebnis der Demokratie ist, so besteht doch ihr eigentliches Wesen — und damit also die eigentliche Quelle unserer Garantien — in etwas anderem, nämlich im öffentlichen und legalen ‚Wettkampf um die Macht‘ ... Für illusorisch halte ich auch die Auffassung, daß eine innere Demokratisierung der führenden Partei (die Bereitschaft, so etwas wie eine parteiinterne Opposition zu tolerieren) ausreichende Gewähr für Demokratie bietet ... Es gehört nämlich zur bitteren Erfahrung aller Revolutionen, daß die durch Revolution zur Macht gelangte politische Gruppe, wenn sie nicht beizeiten die Kontrolle von außen wiederherstellt, zwangsläufig früher oder später ihre innere Selbstkontrolle verliert und langsam, aber sicher zu degenerieren beginnt.“¹⁵⁾

Hier wird unüberhörbar vorgebracht, was in anderen Ländern des Warschauer Paktes höchst alarmierend wirken mußte, alarmierender noch als die Rufe nach Freiheit der Presse, des Wortes, der politischen Aktivitäten, arlarmierender noch als unbotmäßige Karikaturen führender kommunistischer Funktionäre in den Witzblättern und in den Organen der Journalisten und Schriftsteller: die Forderung einer Opposition als Garantie gegen Machtmißbrauch der autoritär herrschenden Kommunistischen Partei. Diese Idee wird nun natürlich weiterentwickelt; die Ansichten variieren von einer möglichen Opposition auf dem Boden der nach 1948 entstandenen Nationalen Front oder einer den neuen Verhältnissen angepaßten Nationalen Front, d. h. einer Nationalen Front, die um neue politische Gruppierungen und Interessensvereinigungen erweitert wäre (z. B. um KAN — den Klub engagierter Nichtparteimitglieder, die Vereinigung K 231, d. h. den Verband politisch Verfolgter aus den fünfziger Jahren, neue Jugend- und Studentenorganisationen usw.), oder auf dem Boden einer neuen Parteienkonstellation oder einfach als Bürgeropposition gegenüber der bisher etablierten Macht. Die im weiteren angeführten Ansichten mögen die Vielfalt der entwickelten Ideen demonstrieren. Alle waren sich jedoch darin einig, daß das erstrebenswerte Ziel ein funktionierender demokratischer Sozialismus sein sollte.

Václav Havel meint: „Eine logische und praktisch am besten zu verwirklichende Lösung wäre die Konstituierung einer Opposition in einer Weise, wie sie heute von den offiziellen

¹³⁾ Nová Mysl Nr. 5/1968, S. 577.

¹⁴⁾ Svobodné slovo, 15. 3. 1968.

¹⁵⁾ Literární Listy Nr. 6, 4. 4. 1968.

Stellen am häufigsten vorgeschlagen wird: durch Wiederbelebung der existierenden nichtkommunistischen Parteien der Nationalen Front...“¹⁶⁾

Čestmír Cisař in seiner Rede am 6. Mai 1968 zum 150. Geburtstag von Karl Marx: „Die einzelnen politischen Parteien bekommen ihr eigenes Gesicht, formulieren ihre Absichten und Ziele, regeln ihre gegenseitigen Beziehungen. Auch die Nationale Front wird wiederbelebt als Plattform für eine Konfrontation der Meinungen, für eine qualifizierte gegenseitige Opponentur, für die Suche nach dem optimalen politischen Weg...“¹⁷⁾

Das Präsidium der Nationalen Front nimmt am 15. Juni 1968 eine Proklamation an, in der es heißt: „Das Pluralitätskonzept des politischen Systems will die absolute Trennung vom Monopol politischer Macht und vom alten Konzept der Nationalen Front bestätigen. Die Nationale Front stützt sich auf den Grundsatz, daß die sozialistische Staatsmacht weder Monopol einer einzigen Partei noch Koalition politischer Parteien sein darf. Sie muß allen politischen Gesellschaftsformen des Volkes, all ihren sozialen, Volks- und Generationsgruppen und allen Bürgern zugänglich sein. Das sind die Elemente eines neuen politischen Systems, das eine direkte Teilnahme weitester Bevölkerungsschichten an der Staatsverwaltung ermöglicht und eine Garantie gegen Versuche bietet, die alten Parteikämpfe um die Macht im Staate wiederzubeleben.“¹⁸⁾

Über diese Vorstellungen geht der damalige Sekretär der ZK, Zdenek Mlynář, bereits hinaus. Er bewegt sich von der Vorstellung der politischen Opposition hin zur Interessenvertretung. Seine Ansichten legt er im Aufsatz „Zur demokratischen politischen Organisation der Gesellschaft“ im Mai 1968 dar: „Das gesamte bisherige politische System... muß qualitativ verändert, entfernt, reformiert werden. Keiner seiner Züge kann ‚verbessert‘ werden, sie können nur abgeschafft werden... Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, das Konzept der Entwicklung der Nationalen Front, wie sie im Aktionsprogramm der KP vorgezeichnet ist und wie sie heute verwirklicht wird, sei das letzte Wort der Theorie und Praxis des Marxismus oder der sozialistischen Praxis überhaupt. Allgemein theoretisch vermute ich, daß die Vorstellung eines Modells z. B. zweier politischer Parteien auf sozialistischer Basis, die

etwa nach dem Prinzip des bekannten Systems der Opposition in Großbritannien funktionieren könnten, nicht nur nicht ausgeschlossen ist, sondern ihre logischen Vorteile hat...“

Mlynář sieht die Beschränktheit der seit 20 Jahren unveränderten bestehenden Nationalen Front: „Ich bin der Meinung, daß die Nationale Front praktisch eine Entwicklung wird durchmachen müssen, die nicht ohne Widersprüche und die kompliziert sein wird: ihre heutigen ungleichbürtigen Komponenten — von politischen Parteien an bis zu engen Interessenverbänden — können offensichtlich nicht ihre Struktur bei ihrer ernst aufgefaßten neuen politischen Funktion beibehalten. Es kann auch nicht die Möglichkeit der Entwicklung selbständiger politischer Parteien ausgeschlossen werden — sei es durch ihre Umstrukturierung, sei es durch eine mögliche Integration mit neu entstehenden anderen Gruppierungen oder auch durch die Konstituierung einer neuen Partei — aber auf der Basis des Konzepts der Nationalen Front.“

Mlynář gibt sich jedoch mit der alleinigen Erweiterung der Nationalen Front um rein politische Gruppierungen nicht zufrieden. Scheint ihm doch die echte Basis für die Schaffung eines pluralistischen Machtzentrums in einer als Parteiendemokratie aufgefaßten sozialistischen Demokratie zu fehlen: Schließlich gehöre zur allgemeinen Entwicklungstendenz der modernen Demokratie, daß jede in ihr vertretene Partei immer mehr zur Volkspartei tendiere und dadurch natürlich die Konturen zwischen den ehemaligen Klassenparteien verwischt würden. Dabei strebe jede Partei im Wettkampf um die Macht nach dem Monopol der Macht. In der sozialistischen Demokratie ginge es jedoch darum, das Monopol der Macht durch ein pluralistisches Machtzentrum zu ersetzen, an dem mittelbar und unmittelbar breiteste Schichten der Bevölkerung teilnehmen könnten. Mlynář plädiert daher für eine Entwicklung zur Vertretung von Interessengruppen:

„Was ich für das Konzept der weiteren Entwicklung unseres politischen Systems überhaupt als Grundfrage betrachte, ist die Anerkennung auch anderer politischer Subjekte, als es politische Parteien sind, und zwar als Subjekte, denen die unmittelbare Möglichkeit der Teilnahme an der Ausarbeitung der Staatspolitik gewährleistet sein muß.“

„Wir müssen“, so meint Mlynář, „eigene Wege suchen, die sowohl sozialistisch wie tschechoslowakisch in dem Sinn sein sollen, daß sie dem Niveau, den Traditionen, der Stu-

¹⁶⁾ Literární Listy Nr. 6, 4. 4. 1968.

¹⁷⁾ Rudé právo, 7. 5. 1968.

¹⁸⁾ ČTK, 15. 6. 1968.

fe der erreichten Erkenntnis und der Wertorientierung unserer beiden Völker entsprechen.“

„Einer der beiden Wege ist gerade das richtige Öffnen der staatlichen Vertretungsorgane unmittelbar auch solchen Subjekten, die nicht den Charakter und damit auch nicht die negativen Züge politischer Parteien haben und die die wichtigsten Interessen in der sozialistischen Gesellschaft ausdrücken. Es geht besonders um folgende Arten politischer Subjekte:

1. Gesellschaftliche Interessenorganisationen, die demokratisch die Interessen entscheidender Gruppen und Schichten nach Kriterien, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung schafft, vertreten: Gewerkschaftsorganisationen, Organisationen der Bauern, Organisationen von Intellektuellen (mit notwendiger Unterscheidung der Sphäre von Wissenschaft und Technik einerseits und der Sphäre von Kunst usw. andererseits).

2. Gesellschaftliche Interessenorganisationen, die demokratisch die Generationsinteressen (Jugendorganisationen, aber gleichzeitig möglicherweise auch Organisationen von Rentnern) und die Interessen der Frauen integrieren.

3. Ökonomische (besonders Unternehmer-) Subjekte, d. h. demokratische Organe sozialistischer Unternehmen und deren Verbindungen ... einschließlich LPG, Bank- und Handelsorganisationen, vielleicht auch Verbraucherorganisationen u. a.“¹⁸⁾

Auch Dr. Gustáv Husák brachte eine neue Variante in die Diskussion. In einem Interview zu den Problemen der Gegenwart meint er im Mai 1968: „Die Elemente einer unmittelbaren Demokratie der Selbstverwaltung der Produzenten nach den alten Marx'schen Vorstellungen oder auch nach einigen heutigen Auffassungen, können unser System der sozialistischen Demokratie stärken.“¹⁹⁾

Alle diese Vorstellungen finden sich in einer Synthese bei Josef Špaček wieder, dem damaligen Präsidiumsmitglied der KP und leitenden Sekretär der südmährischen KP-Bezirksorganisation, Brunn: „Die sozialistische Demokratie stellt sich eine Frage, die die bürgerliche Demokratie noch in keiner ihrer Formen gelöst hat: die Frage der Teilnahme an der Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten ohne Vermittlung durch politische Parteien. Der Sozialismus geht von der Notwendigkeit des allmählichen Übergangs zur direkten und vollkommenen Selbstverwal-

lung aus. Gerade darum treten im Zusammenhang mit dem politischen System des Sozialismus so dringlich die Probleme von Ort und Funktion der gesellschaftlichen Organisationen in den Vordergrund, insbesondere der Gewerkschaften, der Genossenschaftsbauern, der Jugend, der Frauen u. ä. Gleichzeitig müssen dabei die Fragen der Selbstverwaltungsorgane in den Betrieben, die genossenschaftsinterne Demokratie in landwirtschaftlichen Produktions- und anderen Genossenschaften sowie die Vertiefung der Selbstverwaltung in Dörfern, Städten und Gebieten überdacht werden. Im Lichte dieser Fragen muß die Politik der Nationalen Front weiter überdacht und ausgearbeitet werden, und zwar so, daß sie wirklich zum Ort des Aufeinanderstoßens, des Wettbewerbs und der Abstimmung von Konzepten wird, die die Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus, seiner Wirtschaft und Kultur lösen wollen, zum Ort des Ubereinkommens aller sozialistischen und demokratischen Kräfte und Organisationen.“²⁰⁾

Während diese und ähnliche Vorstellungen entwickelt und theoretisch begründet wurden — Ansichten, die oft unzulänglich und nicht zu Ende gedacht erscheinen, aber immer auf dem Boden des marxistischen Sozialismus stehen und eigentlich gerade in ihrer manchmal naiven Form einen ungewöhnlichen Glauben an die Entscheidungsfähigkeit des Volkes und die Stärke der eigenen geistigen Positionen ausdrücken —, regte sich in der Partei und in den von ihrer ehemaligen Spitze abhängigen, vielleicht von der neuen Entwicklung sogar bedrohten Gruppierungen und Schichten die Reaktion. Ihre Tätigkeit aufzufangen und sie aus Kreis- und Bezirksebene zu vertreiben, dienten die Kreis- und Bezirkskonferenzen im März 1968. Auf ihnen wurden nicht nur neue Führungsgremien, sondern auch die Delegierten zum künftigen außerordentlichen XIV. Parteitag der KPTsch gewählt, der Anfang September 1968 zusammentreten sollte.

In der Tat gelang es den progressiveren Kräften fast auf allen Konferenzen, ihre politische Linie durchzusetzen und stalinistische, konservativ-bürokratische Funktionäre aus deren Machtposition zu verdrängen. Mit Unruhe wurde jedoch im Lande eine Reaktivierung konservativ-reaktionärer Elemente in den höchsten Parteigremien beobachtet, die ihre Zuversicht nicht ohne Grund aus der immer deutlicher zutage tretenden Unzufriedenheit der übrigen Warschauer Pakt-Staaten ableiten. Gegenüber immer stärker werdenden Ru-

¹⁸⁾ Nová mysl, Nr. 5/1968, S. 607 ff.

¹⁹⁾ Nová mysl, Nr. 6/1968, S. 661.

²⁰⁾ Josef Špaček, Entschlossen den außerordentlichen Parteitag vorbereiten, in: Nová Mysl Nr. 7/1968, S. 807 ff.

fen, sie sollten ihre Ämter zur Verfügung stellen, da sie doch alles Vertrauen verloren hätten und eigentlich nur mehr sich selbst verträten, stellten sie sich taub. Diese Unverfrorenheit, aber auch eine sich verstärkende Furcht vor politischer oder wirtschaftlicher Intervention von außen, führte umgekehrt zu einer politischen Radikalisierung der Massen und einer mit ihr unmittelbar verknüpften Denktätigkeit, die in bestimmten Momenten das für die Parteiführung Dubčeks in einer sehr komplizierten Situation ertragbare Maß überschreiten mußte. Für die Geschichtsforschung sind jedoch die vorgebrachten Gedanken deshalb interessant, weil sie wiederum eine neue, eine weitere Stufe der politischen Emanzipation darstellen, ob sie nun im gegebenen Augenblick schon opportun gewesen sein mögen oder nicht, ob sie das Mißtrauen der „Verbündeten“ erhöht haben mögen oder nicht, ob sie sich in einem neuen demokratischen Sozialismus als praktikabel erwiesen hätten oder nicht.

Am 27. Juni 1968 wird in den veröffentlichten „2000 Worten“ erklärt: „Fordern wir den Abgang der Leute, die ihre Macht mißbraucht, das öffentliche Eigentum geschädigt, ehrlos und grausam gehandelt haben. Man muß Methoden ausfindig machen, um sie zum Abgang zu veranlassen. Zum Beispiel: öffentliche Kritik, Resolutionen, Demonstrationen, demonstrative Arbeitsbrigaden, Spendensammlung für ihren Abgang in den Ruhestand, Streik, Boykott... Fordern wir öffentliche Sitzungen der Nationalausschüsse! Für Fragen, mit denen niemand etwas zu schaffen haben will, bilden wir eigene Bürgerausschüsse und -kommissionen. Das ist ganz einfach: Ein paar Leute kommen zusammen, wählen ihren Vorsitzenden, führen ordnungsgemäß Protokoll, veröffentlichen ihren Befund, fordern eine Lösung, lassen sich nicht einschüchtern. Verwandeln wir die Bezirks- und Ortspresse, die meist zu einem amtlichen Sprachrohr degeneriert ist, in eine Tribüne aller positiven politischen Kräfte, fordern wir die Bildung von Redaktionsräten aus Vertretern der Nationalen Front oder gründen wir andere Zeitungen, bilden wir Ausschüsse zur Verteidigung der Freiheit des Wortes. Organisieren wir bei unseren Versammlungen einen eigenen Ordnungsdienst! Sollten wir Gerüchte hören, so laßt sie uns beglaubigen, entsenden wir Delegationen zu den zuständigen Stellen, veröffentlichen wir ihre Antworten, etwa durch Anschlag am Tor... Unterstützen wir die Sicherheitsorgane, wenn sie wirkliche Straftaten verfolgen: Unser Streben geht nicht dahin, Anarchie und einen Zustand allgemeiner Unsicherheit her-

beizuführen... Unserer Regierung können wir zu verstehen geben, daß wir notfalls mit der Waffe hinter ihr stehen werden, solange sie das tun wird, wofür wir unser Mandat geben, und unseren Verbündeten können wir versichern, daß wir unsere Bündnis-, Freundschafts- und Wirtschaftsverträge einhalten werden...“²¹⁾

In der Tat: das ist nicht mehr die Sprache von Untertanen — das ist die Rede jener souveränen Quelle aller Macht, auf die wohl in Verfassungen Bezug genommen wird, die aber doch so selten im System der vermittelten Demokratie zutage tritt. Hier wird sie zum erstenmal angesprochen, jene unmittelbare Teilnahme an der Macht in einem nur skizzierten System der Selbstverwaltung, die ein Element einer möglichen Rätestruktur hätte sein können.

Die Parteiführung lehnte damals die 2000 Worte ab; sie begriff sie als Teil einer Eskalation, die die bestehenden Differenzen mit der Sowjetunion und deren Verbündeten zu einem Abgrund vertiefen mußte. Dem Parteipräsidium warf Ivan Sviták vor: „Werden die Kommunisten ihre Partei als eine politische Partei des Volkes und der wichtigsten Schichten unserer Gesellschaft betrachten oder als einen Machtapparat, der seine unverhüllte Macht über die rechtlosen Massen mit Händen und Füßen verteidigen will? Von dieser Frage aller Fragen hängt fast alles ab: die Zukunft des Volkes und die Existenz der Freiheit. Die KP hat immer noch Chancen, bei regulären, geheimen und freien Wahlen zu gewinnen, wenn sie die erste Alternative wählt und sich ihr Mandat zur Führung des Volkes der Tschechoslowakei bestätigen läßt. Die Partei eines siegreichen Demokratisierungsprozesses wird ebenso sicher solche Wahlen gewinnen, wie die Partei einer totgeborenen Demokratisierung solche Wahlen niemals erlauben wird.“²²⁾

Die sich überstürzenden Entwicklungen der nächsten Wochen haben dann zustande gebracht, was sich weder die Parteispitze noch Ivan Sviták je hätten träumen lassen: Wie noch nie in der Geschichte zuvor stand ein geeintes Volk hinter der Kommunistischen Partei und deren Führung, als sowjetische Truppen unter dem Vorwand von Manövern die Souveränität der Tschechoslowakei zu verletzen begannen und als sie dann zu nächtlicher Stunde, unter Mißachtung aller Abmachungen und der elementarsten Rechte dieses Landes,

²¹⁾ Mladá fronta, 27. 6. 1968.

²²⁾ Literární listy 18. 7. 1968.

am 21. August in sein Territorium einbrachen.

Das Manifest der 2000 Worte hatte mit den prophetischen Worten geendet: „Dieser Früh-

ling ist soeben zu Ende gegangen und wird nie wiederkehren. Im Winter werden wir dann alles wissen...“ In diesem Winter sollte sich der Student Jan Palach vor dem Wenzelsdenkmal in Prag verbrennen.

III. Schwächen und Stärken des Prager Frühlings

Zweierlei Fragen werden bei der nachträglichen Bewertung der Nachjanuarentwicklung in der Tschechoslowakei gestellt: erstens, ob die gesamte Entwicklung nicht eines Tages notwendigerweise der Kontrolle der Partei hätte entgleiten müssen, zweitens, ob die Taktik bei der Anvisierung des Endziels wohl die richtige gewesen sei (den einen scheint das Tempo zu schnell gewesen zu sein, den anderen zu wenig hart gegenüber den Kräften, die der neuen Entwicklung hinderlich sein konnten, entweder durch unerwogenen Radikalismus oder durch gut organisierte Wühl- und Bremsarbeit gegen die neue politische Welle).

Zur ersten Frage: Sicherlich war der Weg, den die neue Parteiführung oft unter Druck der politisch und theoretisch entwickeltsten Gruppen eingeschlagen und weiter verfolgt hatte, ein risikenreicher Weg. Es mußte damit gerechnet werden, daß die Partei bei der Suche eines Auswegs aus der tiefen Krise, in die das stalinistische Modell des Sozialismus in der Tschechoslowakei und mit ihm die gesamte Gesellschaft geraten waren, nicht mit allen von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen auf ein positives Echo stoßen würde, ja, daß sie auch Niederlagen in Kauf nehmen müssen, und das um so wahrscheinlicher, je eher sich das politisch-soziale Modell des Sozialismus einer sozialistischen Demokratie genähert hätte. Die Partei konnte bei der Verwirklichung ihrer Politik sowohl auf Widerstand konservativen Charakters stoßen (am Anfang vor allem bei der Arbeiterschaft bei der Realisierung wirtschaftlicher Reformen) als auch auf Ablehnung bei Gruppen, denen der Weg zu einem idealen Endziel zu beschwerlich, zu langsam schien. Typisch für derartige Konfliktmöglichkeiten war das Auftreten eines jungen Studentenführers bei einem Meeting auf dem Altstädter Ring, der ohne jede Verklammerung erklärte, die Jugend sei noch bereit, der KP eine Art Blankoscheck auszustellen, der jedoch nur dann eingelöst würde, wenn die Partei die versprochenen Maßnahmen ehrlich und schnell verwirkliche. Diese Vollmacht sei man bereit auszufertigen nicht etwa aus Liebe zur Partei,

sondern deshalb, weil sie heute noch die Macht habe und keine andere Kraft existiere, die im gegenwärtigen Augenblick eine Alternative darstellen könnte.

Sicherlich: der Nachjanuarweg war ein Weg des Risikos. Aber verglichen mit dem bisherigen Weg, der in eine tiefe Krise geführt hatte und unweigerlich in die Katastrophe des Sozialismus, der Partei und des Staates führen mußte, war er der einzige Ausweg. Gegenüber der Chance, die Hauptfrage vielleicht lösen zu können, nämlich den so kompromittierten Sozialismus in eine neue Epoche hinüberzuführen, in der eine neue Generation an der Spitze steht und in der die Probleme der zweiten Phase, der industriellen Revolution, zu lösen sind — und dies mit einer kommunistischen Partei oder sogar unter deren Führung —, hätte die Beibehaltung der bisherigen Methoden, der bisherigen Institutionen, der bisherigen geistigen Dürre mit Sicherheit bedeutet, hoffnungslos als sozialistische Kraft unterzugehen (wie es auch inzwischen geschehen ist).

Ohne Zweifel wurde der neue Weg nicht ohne Analyse der Möglichkeiten, der Schwächen, aber auch der positiven Faktoren für den Erfolg der neuen Linie, für die annehmbare Lösung der angeführten „Hauptfrage“ begonnen und weitergeführt. Wie wir sahen, war der Saldo dieser prognostischen Bilanz günstig.

Wir sprachen bereits über die tschechoslowakischen Arbeiter als Faktor in diesem Prozeß, über ihre demokratischen und sozialistischen Erfahrungen. Wir sprachen bereits über die Intellektuellen. Durch ihre Traditionen, durch das eigentümliche „Plebejertum“ der tschechischen und slowakischen Literatur war die intellektuelle Elite mit der breiten Masse bemerkenswert verbunden. Sicherlich haben auch andere Staaten, die zum osteuropäischen Staatensystem gehören, eine ähnliche gebildete und geschichtlich erfahrene Arbeiterklasse, z. B. die DDR, Polen und Ungarn. Sicherlich gibt es auch in Polen und Ungarn eine Jugend, die bereit wäre, sich mit jeder Kraft zu verbinden, die eine Änderung des jetzigen Zustandes herbeiführen wollte. Aller-

dings ist es fraglich, ob die Jugend in diesen Ländern nach ihren bisherigen Erfahrungen mit der Entwicklung des Sozialismus — insbesondere mit dem Eingriff der Sowjets in Ungarn 1956, mit dem Niederschlagen der Unruhen in Posen 1956 und der Degeneration des Gomulka-Regimes bis zu den blutigen Auseinandersetzungen mit den Studenten 1967, die Repressionen gegen Arbeiter und Intellektuelle 1970 und 1972 — den einzuschlagenden Weg auf der Basis des Sozialismus sähe. In der Tschechoslowakei brauchte man keine Befürchtungen in dieser Richtung zu haben.

Einer der entscheidenden Faktoren war die Tatsache, daß die Tschechoslowakei von allen osteuropäischen Staaten der einzige war, dessen geschichtliche Erfahrungen keine antirussischen oder in neuerer Zeit antisowjetischen Residuen hinterlassen hatten. Während beides in Polen, in Rumänien, in Ungarn und der DDR als objektive Faktoren vorhanden ist, konnte demgegenüber die tschechoslowakische Führung damit rechnen, daß als unerwünschtes Nebenprodukt der Demokratisierung nicht anderntags die Forderung nach Neutralität oder sogar Lostrennung vom osteuropäischen Wirtschafts- und Militärsystem erhoben würde. Die DDR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien waren im Verlauf des Zweiten Weltkrieges von sowjetischen Armeen im Kampf besetzt worden — als Achsenmächte bzw. deren Verbündete waren sie jahrelang von der sowjetischen Okkupationsmacht als Feinde behandelt worden. Neben den Jugoslawen hatten die Tschechen und Slowaken als einzige ohne militärische „Nachhilfe“ den Weg zum Sozialismus aus eigenen Stücken beschritten. Sie hatten der Roten Armee als Befreiungsarmee entgegengejubelt, ohne nachher wie die Polen einen riesigen territorialen Kaufpreis für die Befreiung zahlen zu müssen (die Abtretung der Karpatho-Ukraine war ein vergleichsweise leicht zu verschmerzender Tribut an Moskau gewesen).

Dieses Bündnisverhältnis ist viele Jahre unangezweifelt und in seinen verschiedenen Aspekten unkritisiert geblieben. Die unmittelbar nach dem Kriege von der Sowjetunion geleistete Wirtschaftshilfe, besonders auf dem Gebiet der Versorgung mit Lebensmitteln (Weizen!), trug ein Übriges zur langandauernden Fiktion bei, die möglichst enge Verknüpfung der Ökonomien beider Länder könne der tschechoslowakischen Wirtschaft nur Vorteile und wirtschaftliche Sicherheit, ein stetes Anwachsen der Produktion und damit soziale Sicherheit und steigenden Wohlstand bringen.

Natürlich wich gleichzeitig mit der zunehmenden Schärfe der Kritik am eigenen System auch jene naiv-gläubige Einstellung zur Sowjetunion einem differenzierteren Verhältnis. Schließlich hatte der XX. Parteitag der KPdSU die Schuld der sowjetischen KP an der furchtbaren Deformation sozialistischer Theorie und Praxis zugegeben. Aber bis zuletzt — zumindest bis zu jenem Zeitpunkt, als der warnende Zeigefinger aus Moskau zur drohenden Faust geballt worden war, bis zu den nervenzerreißenden Tagen der sowjetischen Manöver auf tschechoslowakischem Territorium und dann dem Überfall am 21. August 1968 — hat sich die Richtigkeit der Annahme bestätigt, die Demokratisierung führe keineswegs notwendig zu einer Stärkung der antisowjetischen (eine antirussische hat es ohnehin nie gegeben) Komponente.

Ohne Rücksicht auf die Richtigkeit kritischer Analysen hat man von sowjetischer Seite von Anfang an äußerst allergisch auf jede Äußerung reagiert, die als eine Schwächung der von der Sowjetführung proklamierten internationalen Verbindlichkeit des Leninismus aufgefaßt werden konnte. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß diese Kritik ebenso wie die Kritik am Stalinismus von durchaus sozialistischen, ja kommunistischen Positionen aus vorgebracht worden war und im Endeffekt darauf hinauslief, das durch die Fehler beider Seiten (die russischen Großmachtallüren gegenüber der kleinen Tschechoslowakei und die jahrelangen unwürdigen Kniefälle, die von der tschechoslowakischen Spitze gegenüber Moskau getan worden waren) wirklich gestörte Verhältnis zu bereinigen und dadurch zu festigen.

Es hat sich herausgestellt, daß die sowjetische Politik den Begriff des gleichberechtigten, souveränen Verbündeten — eines der Ziele der Nachjanuarpolitik — nicht aushalten kann. Sie kennt Feinde oder Vasallen. Kritik zielt nicht dem Vasallen — kritisiert er trotzdem, wird er in die Klasse der Feinde eingestuft.

So geschah es Čestmír Císář, bis August 1968 Sekretär im ZK, danach Präsident des Tschechischen Nationalrats, der in seiner Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx erklärt hatte: „Wir fühlen erneut und besonders stark das Bedürfnis, zu den reinen Quellen des wissenschaftlichen Kommunismus zurückzukehren. Nicht um uns an einzelne Lehren von Marx zu erinnern, nicht um in seinem Werk passende Zitate für heute zu suchen, sondern um uns zu überprüfen, wieweit wir seine Theorie und Methoden beherrschen,

wieweit wir imstande sind, eine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Gegenwart zu geben — kurz: inwieweit wir zeitgenössische Marxisten sind... Nicht mit allem, was im Namen des Marxismus und im Namen des Sieges des Sozialismus geschah, können wir einverstanden sein. Nicht alles war zum Nutzen des Menschen und der Gesellschaft. Nicht alles, was sich so nannte, war Marxismus... Die Praxis und die Erfahrungen der bolschewistischen Partei führten auf natürlichem Weg zur Entstehung eines Zentrums der internationalen kommunistischen Bewegung in dem ersten und damals einzigen sozialistischen Staat... Doch kann man einige negative Seiten dieser Tatsache nicht leugnen. Besonders, daß die verallgemeinerten Erfahrungen der sowjetrussischen Kommunisten sich allmählich als einzig mögliche Richtung des marxistischen Denkens und der marxistischen Politik durchsetzten, daß also der Leninismus im Laufe der Zeit zur Monopolinterpretation des Marxismus umgewandelt wurde... Der Marxismus wurde einer schädlichen Revision im Sinne der pragmatischen Politik einer machtausübenden Gruppe und später der Macht einer Person unterworfen...“²³⁾

Scharf kritisiert vom Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften F. Konstantinow am 14. Juni 1968 in der Moskauer Prawda, in der Cisář als weiteres Kügelchen in den verderblichen Rosenkranz der Kautsky, Martow und Dan, Kant und Mach, des „Jesuiten“ Bochenski und der deutschen Sozialdemokraten, der Maoisten und anderer „Schädlinge“ eingereiht wurde, unterstrich der tschechoslowakische Parteisekretär am 22. Juni 1968 noch deutlicher seinen Standpunkt im Rudé právo. Er konzedierte wohl, daß an der tiefen Krise der KP-Politik nicht der Leninismus schuld sei, sondern dessen stalinistische Deformation, betonte aber, daß „die Inspiration durch den Marxismus heute zu einer anderen Erkenntnis führe und führen könne als zu welcher Lenin vor einem halben Jahrhundert gelangt sei, und zwar in einer Reihe konkreter Fragen, wobei in vielen anderen Fragen die Schlußfolgerungen auch heute noch dieselben seien und sein könnten. Aber dies ließe sich nicht durch ‚Treue‘ zum Leninismus beweisen, sondern durch streng wissenschaftliche Prüfung der existierenden Realität. Nähmen wir eine andere Methodologie an, verließen wir den Boden des Marxismus-Leninismus und würden Dogmatiker, Metaphysiker“²⁴⁾.

²³⁾ Rudé právo, 7. 5. 1968.

²⁴⁾ Rudé právo, 22. 6. 1968.

Mit Absicht werden hier die beiden letztgenannten Begriffe in dem Sinn angewendet, in dem sie Stalin in seiner Schrift über den „Dialektischen und historischen Materialismus“ gebraucht hat.

Als sicher kann gelten, daß auch die schärfsten kritischen Analysen in der Nachjanuarperiode keine Absage an die sowjetisch-tschechoslowakische Freundschaft, keine Absage an das Warschauer Pakt-System, keine Absage an den Comecon bedeuteten, sondern eher den Versuch darstellten, durch Überwindung unnötiger Mängel die integrierten Organisationen der sozialistischen Staaten effektiver zu gestalten, und dies bis zu einem Zeitpunkt, als die Sowjets die Basis für jedes wirkliche Vertrauens- und Bündnisverhältnis selbst zerstörten.

Von diesem Zeitpunkt an existiert in der Tschechoslowakei ein ebenso tiefer Antisowjetismus wie in allen anderen Ländern des sozialistischen Blocks. Er ist schärfer, da die geschlagene Wunde tiefer, frischer ist. Sie wurde von Verbündeten, von Brüdern geschlagen. Schon deshalb ist das tschechoslowakische Experiment unwiederholbar — ebenso wie es unwiederholbar ist in anderen sozialistischen Ländern in der Form, wie es unter Führung der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei versucht worden ist. Denn jeder Schritt zu einer angestrebten Demokratisierung brächte unausweichlich die Frage des Bündnisses mit der Sowjetunion aus der Sicht der staatlichen und nationalen Unabhängigkeit auf den Tisch.

Dies hat der nach 1968 konsequenteste Verfechter einer geistigen und politischen marxistischen Renaissance in Osteuropa, Rudolf Bahro, wohl erkannt. Dennoch meint er, „der sowjetischen Führung würde der analoge Entschluß ein weiteres Mal noch bedeutend schwerer fallen als 1968...“ Die Fähigkeit, so schreibt der DDR-Autor optimistisch, militärisch gegen Volksbewegungen in anderen Ländern vorzugehen, könne überhaupt nur sehr bedingt von einem technologischen Standpunkt aus beurteilt werden. „Sie ist — wie das Militär überhaupt — nach aller bisherigen Erfahrung eine von vielen abhängige Variable. Man verzichtet auf den historischen Materialismus, wenn man vergißt, daß Truppen auf die Dauer nicht neue, höhere Produktivkräfte in Schach halten können, von denen überdiés ihre Ausrüstung abhängt. Und die internationale Situation macht es selbst für kürzere Fristen nicht wahrscheinlich, daß die Sowjetführung ihre Rolle als regionaler

Gendarm aufrechterhalten kann, während die USA als Weltpolizist gescheitert sind." ²⁵⁾

Eine nicht minder wichtige Voraussetzung für den Versuch, Sozialismus und politische Führung der kommunistischen Partei durch eine schrittweise Demokratisierung des öffentlichen Lebens zu erhalten, war der Umstand, daß es von allen Ländern des sozialistischen Staatensystems allein die Tschechoslowakei war, deren Kommunistische Partei positive Erfahrungen mit demokratischen Spielregeln gesammelt hatte. Weder die Völker Rußlands, noch Polens, Rumäniens, Ungarns, Bulgariens, Albanien, Chinas, Koreas, Vietnams, Kubas haben in ihrer Geschichte je eine Periode ausgeprägter formeller Demokratie erlebt. Allein die Bewohner der DDR kennen aus Erfahrung die Zeitspanne der Weimarer Republik; ohne Zweifel ist jedoch diese historische Erfahrung deformiert und verzerrt durch das stärkere Erlebnis der nationalsozialistischen Ära, des Zusammenbruchs und der nachfolgenden Besatzungszeit, die der Gründung der DDR vorausging und in sie überging.

Im Unterschied zu all diesen Ländern, in denen für die Kommunistischen Parteien die Vorstellung jeder nicht von ihnen diktierten Herrschaft zusammenfällt mit antikommunistischem Terror, Unterdrückung, Repressalien usw., hat die Tschechoslowakei eine recht rege Periode formell demokratischer Prägung zwischen beiden Weltkriegen erlebt, während derer die KP eine bedeutende und keineswegs periphere Rolle spielen konnte. Daher bestand in der Partei keine allgemeine Unlust gegenüber der Ablösung diktatorisch repressiver Methoden durch politische Instrumente nach allgemein gültigen demokratischen Regeln.

All diese positiven Faktoren berechtigten die Führer der Nachjanuarpolitik dazu, den Ausweg aus der tiefen gesellschaftlichen Krise des stalinistischen Systems trotz der damit notwendig verbundenen Risiken zu beschreiten. Und in einem gewissen Sinn war ihnen dabei auch die Art, die Taktik, vorgeschrieben, die sie dabei zu wählen hatten. Die KP hatte den Prozeß ihrer eigenen Erneuerung und damit den Prozeß der Demokratisierung des Sozialismus in einer Situation eingeleitet, in der ihr vom ursprünglichen Kredit nur ein Bruchteil übriggeblieben war. Das Mißtrauen der Bevölkerung zu den von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen unmittelbar nach dem Januar 1968, die Befürchtung, man versuche diesmal wieder wie zuvor Reformen und Verbesserungen vorzutäuschen, um schließlich

das Wesen des bürokratisch-diktatorischen Regimes zu retten, zwangen die Partei, sich von den bisherigen Praktiken zu distanzieren. Sie mußte, um die Zukunft zu gewinnen, zu ihrer eigenen Schwächung beitragen, indem sie aus eigener Initiative die Verfehlungen, ja Verbrechen ihrer Führung in den fünfziger und sechziger Jahren bloßstellte. Denn wenn das Endziel der Nachjanuarbewegung eine Gesellschaft sein sollte, in der die führende Position der Kommunistischen Partei nur durch den immer wieder demokratisch eingeholten Konsensus mit ihrer Politik gewährleistet sein sollte, konnte zu diesem Ziel überhaupt keine andere Methode als eine Politik der aufgedeckten Karten führen. Daher das Bestreben der neuen Männer an der Spitze der KP, von Anfang an die Rehabilitierung vom kommunistischen Regime unschuldig Verfolgter in aller Öffentlichkeit zu betreiben; deshalb die Einleitung von Strafverfahren gegen Politiker und Beamte, die sich Verbrechen der Rechtsbeugung und Unmenschlichkeit hatten zuschulden kommen lassen; deshalb die demokratische Art, mit der von Anfang an grundsätzliche Streitfragen ausgetragen wurden unter Anteilnahme der Öffentlichkeit.

Am 13. März 1968 wendet sich das Präsidium des ZK nach den Kreis- und Bezirkskonferenzen der KP an „alle Parteioorganisationen und Kommunisten mit der Aufforderung, sie mögen sich, eingedenk ihrer Verantwortung gegenüber den Völkern dieses Landes, an die Spitze dieser Bewegung stellen und ihre fortschrittlichen Ansichten und Forderungen äußern ... Kritische Aussagen“, so heißt es in der Erklärung, „müßten zu einem ständigen Zug in unserem Leben werden.“ ²⁶⁾

Wollte die Partei überhaupt in Ansätzen die tiefe Talsohle überwinden, in der sie sich nach der Ära Gottwald-Zápotočky-Novotný befand, durfte ihr nicht einfallen, ihre neue Linie mit anderen Methoden als denen der Überzeugung, der Diskussion, der Unterordnung unter allgemein gültige, wenn auch noch nicht verbindlich formulierte Spielregeln einer sozialistischen Demokratie durchzusetzen. Daher mußte sie auch unangenehme Akzente von ungeduldiger, vielleicht sogar un- oder antisozialistischer Seite ohne den Versuch von Repressionen ebenso hinnehmen, wie die mit Akribie betriebenen Umtriebe konservativer Elemente, den einmal entschiedenen Machtkampf wiederum — vielleicht mit Hilfe von außen — zu ihren Gunsten zu revidieren.

²⁵⁾ Rudolf Bahro, Die Alternative, EVA 1977, S. 394, 395.

²⁶⁾ ČTK, 14. 3. 1968.

Der Parteiführung Dubčeks kann kaum der Vorwurf gemacht werden, sie habe die „Feinde“ der sozialistischen Ordnung sogleich mit repressiven Methoden der Staatsmacht mundtot oder unschädlich gemacht. Ging es doch darum, endlich in politischen Fragen ohne die repressive Methodik auszukommen, die doch so jämmerliche Früchte bei der Organisation einer modernen sozialistischen Gesellschaft gezeitigt hatte. Eigentlich wurzelte die Überzeugung, dem Sozialismus könne nichts so abträglich sein wie die Unterbindung der freien politischen und geistigen Aktivität aller Bürger, in einem durchaus revolutionären Vertrauen zum Verstand, zur Mündigkeit, zur Einsicht und zu den Fähigkeiten eben dieser Bürger, eine Einstellung, die als ungeheuerlich angesehen wird in Regimen, von denen jede abweichende Meinung bereits mit Verbannung, Gefängnis, Ehrverlust, Berufsverbot usw. geahndet wird.

Man hat Dubček nach der Katastrophe vom August 1968 vorgeworfen, er sei mit der sowjetischen III. Kolonne ebenfalls zu weich umgegangen, obwohl er hätte wissen müssen, wie sehr Bil'ak, Indra, Kolder, Jodás, David, Nový u. a. gegen ihn und seine Politik intrigierten und alle Kräfte mobilisierten, um sich selbst zur gegebenen Zeit wieder an die Macht zu katapultieren. Man wirft ihm vor, er habe selbst die Kräfte in seinem Schatten groß werden lassen, die schließlich seinen Sturz herbeiführen und alles zertreten sollten, was er und seine Führung in den ersten acht Monaten des Jahres 1968 geschaffen hatten. Hier gilt, was von der Einstellung der neuen

Politik zu den Gegnern aus dem Lager der allzu Ungeduldigen gesagt worden ist: ein Regime, das seine Stärke aus dem Konsensus der Mehrheit abzuleiten trachtete und daher die Konfrontation mit dem politischen Widersacher suchen mußte, mußte dem Streit mit den Konservativen, Reaktionären und Stalinisten ebenso offen stehen. Schließlich war eine führende Position aufgrund eines allgemein frei errungenen Mandats von allen Bürgern des Landes noch ferne Zukunftsmusik; noch war die Partei trotz aller Worte im uneingeschränkten Besitz der absoluten, autoritären Macht. Jede Andeutung eines Mißbrauchs dieser Macht hätte das langsam keimende Vertrauen zerstört, diese Partei meine es diesmal vielleicht doch ernst. Alle Opfer dieser Politik — die Selbstkritiken, das geistige Großreinemachen, die Distanzierungen von den Vergehen der Vergangenheit — wären umsonst gewesen und ein Zustand wäre eingetreten, der noch schlimmer gewesen wäre als die Lage in der letzten Phase der Ära Novotný. Denn zur Furcht vor der Macht der Partei wäre die Verachtung gegenüber der KP wegen Wortbruchs, Rechtsbeugung und willkürlicher Diktatur getreten.

Alles das trat dann auch mit einiger Verspätung ein, als die Sowjets und ihre Verbündeten in der Tschechoslowakei wieder eine Herrschaft nach eigenem Modell zwangsweise errichtet hatten; die Verachtung gegenüber einer KP Husáks ist heute allgemein — in der Tschechoslowakei ebenso wie auf der internationalen, insbesondere euro-kommunistischen Bühne.

IV. Partei und Nation

Alle Diskussionen über den Charakter der sozialistischen Demokratie, alle kritischen und minder kritischen Definitionen der Nah- und Fernziele der Nachjanuarbewegung konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß vor der Kommunistischen Partei eine lange Durststrecke liegen mußte, wollte sie die Metamorphose von einer diktatorischen politischen Macht zu einer demokratischen führenden politischen Kraft durchstehen. Daß dann schließlich diese Strecke wie im Zeitraffer verkürzt wurde und die KP noch im selben Jahr unangefochten an der Spitze der Nation stand, verdankt sie eigentlich Urhebern, die genau das Gegenteil von dem beabsichtigt hatten, was sie wirklich bewirkten. Stationen dazu waren die Treffs der Führer der übrigen osteuropäischen kommunistischen Parteien

untereinander oder mit den tschechoslowakischen Vertretern, wo sie ihre ernstesten Warnungen vor der Entwicklung in der Tschechoslowakei vorbrachten: Dubček in Moskau und Gipfeltreffen in Prag, Gipfeltreffen in Dresden und tschechoslowakisch-sowjetische Verhandlungen in Moskau und Prag, Moskauer Konferenz und Dubček in Budapest, Hájek bei Ulbricht, das Warschauer Treffen der Fünf mit einem Schrecken auslösenden Brief an die tschechoslowakische Bruderpartei, die Stationierung sowjetischer Truppen ringförmig um die größten Städte der Tschechoslowakei nach der Beendigung der Warschauer-Pakt-„Manöver“ und die eigenwillige Weigerung, das Land zu verlassen — das alles ließ eine Saite im tschechoslowakischen Volk erklingen, für die große Nationen nur selten

Verständnis aufbringen. Ein Volk, daß Jahr hunderte um seine nationale Existenz, um die Wiedererlangung seiner staatlichen Eigenständigkeit gekämpft hatte, spürte, daß die Früchte seines uralten Kampfes wieder bedroht waren. Alle Erfahrungen aus der Zeit Österreich-Ungarns, aus der Zeit der Abhängigkeit vom Versailler Staatensystem bis zum Münchener Ende, die Jahre der deutschen Okkupation — alles, was die Seele des Volkes traumatisiert hatte und was ebenso wie der Kampf gegen nationale Unterdrückung einfach ein Teil der lebenden nationalen Traditionen geworden war, brach hervor, als wiederum eine Großmacht, begleitet von Ländern, mit denen man unter ähnlichen Verhältnissen 1938 dieselben Erfahrungen gemacht hatte, daran ging, durch Machtdiktat sogar die bloße Illusion von nationaler und staatlicher Unabhängigkeit der Tschechen und Slowaken zu vernichten.

Die Nachjanuarbewegung bekam hier, und erst hier, ihre nationale Note, ihren spezifisch tschechoslowakischen Unterton. Und gerade hier traf der elementare Widerstand des Volkes gegen ein drohend sich zusammenziehendes Gewitter zusammen mit dem Widerstand jener politischen Kraft, die bisher eigentlich nur per definitionem in der Verfassung eine führende Rolle ausgeübt hatte: der Kommunistischen Partei. Ihr Widerstand gegen den Druck, die Einmischung, die Mißachtung ihrer Souveränität von seiten der Verbündeten fußte nicht auf nationalen Beweggründen. Diese Partei wußte, daß sie nur einen einzigen Weg vor sich hatte — den Weg zur sozialistischen Demokratie, zum demokratischen Sozialismus. Es gab für sie kein Zurück mehr, denn der Weg zurück wäre unweigerlich der Weg in die Katastrophe, das endgültige Aufgeben jedes sozialistischen Ideals gewesen.

Aus Warschau hatte man ihr geschrieben, „antisozialistische und revisionistische Kräfte beschmutzen die gesamte Tätigkeit der Kommunistischen Partei, führten verleumderische Reden gegen ihre Kader, diskreditierten treue und der Partei ergebene Kommunisten“. Man hatte ihr von dort — in einer Zeit, als in Wirklichkeit das geeinte Volk hinter der KP wie nie zuvor in der Geschichte stand — die rhetorische Frage gestellt: „Seht ihr denn nicht, daß die Konterrevolution eine Position nach der anderen nimmt? Daß die Partei die Kontrolle über die Entwicklung der Ereignisse verliert und immer mehr dem Druck antikomunistischer Kräfte weicht?“ Drohend hatte es geklungen: „Nach unserer Überzeugung ist eine Situation entstanden, in der die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der

Tschechoslowakei auch die gemeinsamen Lebensinteressen der anderen sozialistischen Länder bedroht“ und „Wir sind der Meinung, daß der entschiedene Widerstand gegen die antikommunistischen Kräfte und der entschiedene Kampf um die Erhaltung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei nicht nur eure, sondern auch unsere Aufgabe ist...“²⁷⁾

Die Antwort der tschechoslowakischen KP-Führung auf die Warschauer Drohung klingt heute — im Wissen um die „Endlösung“ der tschechoslowakischen Frage — wie ein rührender Versuch politisch Naiver, noch einmal ihre Prinzipientreue darzulegen: „Ihre Autorität kann sich die Partei nicht erzwingen; sie muß sie immer wieder aufs Neue durch ihre Taten erringen. Sie kann ihre Linie nicht durch Anordnungen, sondern nur durch die Tätigkeit ihrer Mitglieder, durch die Wahrhaftigkeit ihrer Ideale durchsetzen... Die KPTsch trachtet den Beweis zu erbringen, daß sie politisch anders als mit den verworfenen polizei-bürokratischen Methoden führen und leiten kann, und zwar durch die Kraft ihrer marxistisch-leninistischen Ideen, ihres Programms, ihrer richtigen und vom gesamten Volk unterstützten Politik... Soll unsere Politik eine marxistisch-leninistische bleiben, kann sie nicht von oberflächlichen Phänomenen ausgehen, die nicht immer die tiefen Ursachen der gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegeln, sondern muß das Wesen der Entwicklung erkennen und sich nach ihm richten...“

Am selben Tag, an dem das Parteipräsidium seine Antwort an die fünf Bruderparteien verfaßte, gab das Präsidium der Nationalen Front einen Aufruf an die Bürger der Tschechoslowakei heraus, in dem gesagt wird, was die Partei bewegt habe, ihren Weg trotz der offenen Feindseligkeit der in Warschau Versammelten fortzusetzen: „Wir drücken unsere Überzeugung aus, daß die Entscheidung über die Zukunft unserer Gesellschaft, über die Gestalt des Sozialismus in der Tschechoslowakei, die souveräne Angelegenheit unseres Volkes ist. Es allein kann die Art seines Lebens bestimmen und wählen, es allein kann über die Zukunft unserer Republik entscheiden. Seine Klugheit und Reife, die es durch sein ganzes Handeln in diesem Jahr gezeigt hat, sind die Garantie dafür, daß wir vom sozialistischen Weg nicht abkommen, daß die Konterrevolution in keiner Form Nährboden in unserem Land findet. Die positive Einstellung unseres Volkes zum Sozialismus ist ge-

²⁷⁾ Rudé právo, 19. 7. 1968.

geben durch seinen tiefen Sinn für Gerechtigkeit und Recht, durch sein demokratisches Fühlen. — Die elementaren bürgerlichen Rechte, wie die Freiheit des Wortes, die Versammlungsfreiheit und Koalitionsfreiheit, die in unserem Lande wieder erneuert worden sind, sind aufs engste verknüpft mit den Bedürfnissen unseres Volkes, mit seinem Denken und Leben. Es kann gar nicht daran gezweifelt werden, daß unser Volk diese Freiheiten niemals anders als zum Wohle der Nation, des Fortschritts und des Sozialismus gebrauchen würde.“²⁸⁾

Am 21. August 1968 veröffentlichte TASS folgende Begründung für den Einmarsch der Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR:

„Partei- und Staatsfunktionäre des ČSSR haben sich an die Sowjetunion und andere Bündnisstaaten mit der Bitte gewandt, dem tschechoslowakischen Brudervolk dringend

Am 1. März 1968 hatte Eduard Goldstücker in der ersten Nummer der wiedererstandenen *Literární listy* in seiner gewöhnlichen Apotheose der Freiheit gesagt: „Ich wünsche mir, daß mein Wort im Geiste meiner Leser das Gefühl der Einzigartigkeit dieses Augenblicks erweckt, einer Chance, die uns von der Geschichte gewährt wird, auf daß wir wieder einmal nach dem Abklingen der Sturmflut des Zornes zum erstenmal im Lauf der Zeiten den Versuch unternehmen, zu treuer Ehe das zu verbinden, was unzertrennlich zueinander gehört: Sozialismus und Freiheit. Ich glaube, daß noch keine Revolution in der Geschichte eine solch reale Chance gehabt hat und daß das, was nun unser Los geworden ist, uns, die Erben dieses Landes, vor die größte Belastungsprobe stellt: zu zeigen, ob wir das anvertraute Erbe zu mehren fähig sind... Ich möchte meinen Lesern ein Reis der Hoffnung bringen und ihnen sagen, daß es weder aus Naivität noch Leichtfertigkeit erwuchs, sondern daß es die Qual des Zweifels, die Jahre des Prüfens seiner selbst, des Lebens und der Welt kennt, daß seinen Boden auch das Leiden befruchtet und daß auch Tränen der Enttäuschung es gefeuchtet haben. So biete ich es an — und trotz alledem bitte ich Sie, sich in dieser unserer heutigen Welt der Unsicherheit und Skepsis nicht zu fürchten, mit dem Reis nüchterner Hoffnung das Gewand

²⁸⁾ Rudé právo, 19. 7. 1968.

Hilfe zu erweisen, einschließlich der Hilfe mit Streitkräften. Diese Bitte ist auf die Gefahr zurückzuführen, die der in der ČSSR bestehenden sozialistischen Ordnung und der auf der Verfassung basierenden Staatlichkeit von seiten der konterrevolutionären Kräfte droht, die mit den Feinden des Sozialismus ein Komplott eingegangen sind...“²⁹⁾

Die Führer der KPTsch, die wie noch nie zuvor in einer anderen Kommunistischen Partei an der Spitze des Volkes gestanden hatten und wie in noch keiner anderen „Bruderpartei“ die Funktion der „führenden Rolle“ ausgeübt hatten, und dies nicht gegen den Willen des Volkes, sondern mit seiner ausdrücklichen Billigung, wurden wie Verbrecher verhaftet und nach Moskau verschleppt im Namen des Marxismus-Leninismus, im Namen des proletarischen Internationalismus, im Namen des Dogmas von der Unfehlbarkeit des Moskauer Politbüros.

V. Die Zerschlagung einer Illusion

ihres Geistes zu schmücken und es nicht für unangemessen zu halten, mit mir der Worte des alten Revolutionsliedes von der geliebten Freiheit zu gedenken: „Liberté, liberté chérie.“³⁰⁾

Dieser Glaube an die Verbindung dessen, was „unzertrennlich zueinander gehört“ — Sozialismus und Freiheit oder Sozialismus und Demokratie oder Sozialismus und menschliches Antlitz —, obwohl „weder aus Naivität noch aus Leichtfertigkeit“ erwachsen, hat sich am 21. August 1968 und in der nachfolgenden Periode der unbarmherzigen Liquidierung der acht Monate des Revolutionsjahres 1968 trotz allem als Naivität erwiesen. Es war eine Naivität zu glauben, daß es den Verbündeten in Moskau, Warschau und Ost-Berlin um die Entfaltung des Sozialismus, um die Treue zu den Prinzipien des revolutionären Marxismus ging. Es war eine Naivität zu glauben — wie schon so oft in der Geschichte der Tschechen und Slowaken —, daß ein Bündnis mit einem übermächtigen Staat jemals den Charakter eines gleichwertigen Verhältnisses haben könne. Es war eine Naivität zu glauben, man könne eine neostalinistische Führungsschicht in den Ländern des Warschauer Pakt-Systems von der Vorteilhaftigkeit eines Experimentes überzeugen, das auf einem überschaubaren Raum unter außerordentlich günstigen Ver-

²⁹⁾ TASS, 21. 8. 1968.

³⁰⁾ Literární listy, Nr. 1, 1. 3. 1968.

hältnissen begonnen worden war, eines Experiments, dessen positive und negative Erfahrungen nicht nur der sozialistischen Entwicklung in der Tschechoslowakei, sondern auch den übrigen Ostblockstaaten (die sich seit Jahren in derselben latenten gesellschaftlichen und ideologischen Krise befanden wie die Tschechoslowakei in den letzten Jahren der Novotný-Ära) hätte zugute kommen können. Es war eine Naivität zu glauben, daß es bei den strengen Wahrern der eigenen

Macht in den Ländern des Warschauer Pakt-Systems vielleicht eingedenk der revolutionären Visionen des ursprünglichen Marxismus hätte Freude erwecken können, daß die Kunde von der tschechoslowakischen Entwicklung in der Jugend der westlichen Welt ein zündendes Echo gefunden hatte. Es war eine Naivität zu glauben, es handle sich bei der Definition der Beziehungen um ein Bruder- und Bündnisverhältnis und nicht um das Verhältnis von Herr und Knecht.

VI. Die Gründe für den Eingriff

In der Tat war der internationale Aspekt der tschechoslowakischen Entwicklung — wie es auch Dubček nach dem 21. August 1968 vor dem ZK bekannt hat — unterschätzt worden, oder besser: die internationale Bedeutung des tschechoslowakischen Experiments einer marxistischen Renaissance war nicht da gesehen worden, wo sie die Führer der anderen Pakt-Staaten lokalisierten. Es hat bei der immer härteren Formulierung ihrer Ablehnung eine eigenartige Rolle gespielt, daß eine Übertragung dessen, was in der Tschechoslowakei einen den Sozialismus weiterentwickelnden Charakter hatte, auf andere Ostblockländer dort auf eine Vielzahl ungelöster Probleme gestoßen wäre, die sich unter Führung der dort herrschenden kommunistischen Parteien kaum hätten lösen lassen.

Jede echte Demokratisierung in Polen muß unweigerlich das Problem der Stellung der Kirche, das Problem des Verhältnisses zur DDR, das brennende Problem des Verhältnisses zur ungeliebten russischen Nation und zu jener Sowjetunion auf den Tisch bringen, die 1939 im Pakt mit Hitler Ostpolen annektiert, polnische Offiziere zu Tausenden in Katyn liquidiert, Gewehr bei Fuß der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes vom östlichen Weichselufer aus zugesehen und sich schließlich 1944 Polens Osten einverleibt hatte. Jede echte Demokratisierung in der DDR muß unweigerlich die Frage nach dem nationalen Sinn der Existenz der DDR, nach ihrem Ver-

hältnis zur Bundesrepublik Deutschland, nach der Frage der Mauer und der Freizügigkeit auf den Tisch bringen: Fragen, die nie gestellt werden dürfen, solange die Gesellschaftsordnung der SED besteht, da ihre Beantwortung das Ende der Herrschaft der SED und ihres Staatskonzepts bedeuten würde.

Besonders im Hinblick auf die drohende Entwicklung im Fernen Osten mußte auch in sowjetischen Augen die tschechoslowakische Entwicklung ein Risiko bedeuten, das eher in ihrer Ansteckungsgefahr als in negativen Ergebnissen in der ČSSR bestand. Bei den eigenen ungelösten Problemen — sei es die Nationalitätenfrage, sei es der Antagonismus zwischen notwendiger Freiheit des Denkens, des Forschens, der Kritik auf dem Gebiet der konkreten Wissenschaften im Interesse ihrer weiteren Entwicklung und der Unzulässigkeit freien Denkens, Forschens und Kritisierens auf dem Gebiet der sozialen, politischen und ökonomischen gesellschaftlichen Beziehungen, sei es die Unfähigkeit, den amerikanischen oder auch nur westeuropäischen Vorsprung auf allen Gebieten des materiellen Lebens aufzuholen, seien es die Mißerfolge der sowjetischen Politik gegenüber der Dritten Welt — mußte jede Veränderung des bestehenden Status eine Erschwerung der eigenen unübersichtlichen Position, zumindest eine weitere Erschütterung des Führungsanspruchs der Sowjetunion im System der sozialistischen Staaten bedeuten.

VII. Die Rechtfertigung der Intervention

In den die Okkupation begründenden Veröffentlichungen ist außer von der drohenden Konterrevolution in der Tschechoslowakei von Bestrebungen die Rede gewesen, dieses Land vom politischen, wirtschaftlichen und

militärischen Bündnis mit den übrigen sozialistischen Staaten des Moskauer Lagers abzutrennen. Die Autoren dieser Argumente wußten um die Unrichtigkeit ihrer Behauptungen. Sie wußten, daß die Tschechoslowakei in kei-

ner Phase ihrer Nachkriegsentwicklung Zweifel hatte aufkommen lassen, daß sie das Bündnis mit der Sowjetunion als Fundament ihrer eigenen staatlichen und nationalen Existenz betrachte, als Grundlage für ihre gesamte außenpolitische Orientierung. In der Tat hat es keinen zweiten sozialistischen Staat gegeben, der die Weisungen Moskaus in konkreten Schritten der Außenpolitik so präzise befolgt hätte, wie gerade die Tschechoslowakei. Die zurückhaltende Politik und das winzige Maß an Normalisierung im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, das weit hinter dem von Ungarn, Polen, der Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien usw. zurückstand (und auch unter Dubček unverändert so blieb), sind ein deutliches Indiz dafür. Schließlich war es schon Beneš gewesen, der für die Nachkriegsorientierung der Tschechoslowakei keine Alternative zu einem möglichst engen Bündnis mit der Sowjetunion gesehen hatte; die nach ihm folgenden kommunistischen Regierungen hatten diese Auffassung nur noch unterstrichen.

Allerdings zögerte man nicht, zur Zeit des Prager Frühlings auch kritisch zu werten, was bislang unantastbar schien: „Die stalinistische hierarchische und monopolistische Auffassung der Macht überträgt sich (nach dem Krieg) auch auf die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten. Der sowjetische Stalinismus mischt sich grob in die Angelegenheiten der übrigen europäischen sozialistischen Länder ein. Hier handelt es sich nicht mehr um die bloße Einmischung in das Leben der kommunistischen Parteien wie vor dem Krieg, sondern um die Einmischung in die Angelegenheiten ganzer Staaten. Dies ist ein neues Element, das anscheinend entscheidend dazu beiträgt, daß die Spannung zum erstenmal durchbricht, daß der komplizierte, dramatische und oft tragische Prozeß der Destalinisierung einsetzt“ schreibt Robert Kalivoda³¹⁾.

Die Überwindung der Residuen des Stalinismus, die sich besonders in den außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion zu ihren Bündnispartnern als besonders hartnäckig erwiesen hatten (und die ihre ungeschmälerte Kraft am 21. August 1968 und in der darauffolgenden Phase der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei wieder bewiesen haben), sollte — und darin bestand ohne Zweifel der tiefe Sinn der kritischen Analyse der bisherigen zwischenstaatlichen Beziehungen — das Bündnis funktions-

fähiger und dadurch für alle Beteiligten vorteilhafter gestalten.

In den letzten Jahren war der Kalte Krieg abgeflaut, hatte sich die Einsicht durchgesetzt, daß Ost und West in einen weltweiten Dialog einzutreten hätten, um unter den Bedingungen des atomaren Patts ihre Verantwortlichkeit für die Entwicklung und die Geschicke der Menschheit zu definieren. Die Existenz der Tschechoslowakei schien nicht mehr unmittelbar bedroht, der Weg nach Westeuropa offener zu sein als zuvor. Ohne Zweifel hat zu dieser positiven Möglichkeit die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland erheblich beigetragen. Aber gleichzeitig konnte keine verantwortungsbewußte tschechoslowakische Außenpolitik übersehen, daß der Antagonismus zwischen dem westlichen und östlichen militärischen, politischen und ökonomischen System noch immer der entscheidende Faktor für die Gestaltung der konkreten politischen Beziehungen zwischen den Staaten im Rahmen der einzelnen Blöcke und der Staaten verschiedener Blöcke untereinander geblieben war.

Solange dieser Antagonismus andauerte, konnte für ein kleines Land in einer militärisch-strategischen Schlüsselposition nicht einmal entfernt die Möglichkeit bestehen, das Blocksystem zu verlassen, in das es inzwischen fest integriert war. Im Gegenteil, es mußte in seinem Interesse liegen, mit dazu beizutragen, daß die Ursachen und Begleiterscheinungen dieses Antagonismus so schnell wie möglich überwunden würden, da damit auch die zwischeneuropäischen Bande verstärkt werden könnten, ohne daß die Zugehörigkeit zu den bestehenden Blocksystemen — solange sie existierten — in Frage gestellt würde. Daher begrüßte Prag (im Unterschied zu Ost-Berlin und Warschau) die wesentlichen Komponenten der neuen deutschen Ostpolitik, die Bestrebungen de Gaulles zur Überwindung der Spaltung Europas, die Versuche der Vereinigten Staaten, in der ersten Phase des Dialogs mit den Sowjets einen vernünftigen Modus vivendi in Europa zu erreichen. In diesem Sinne unterstützte auch die Tschechoslowakei die Forderung nach der Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und nach der Respektierung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Fakten, besonders der Existenz der DDR. Es gibt übrigens nicht den geringsten Beweis für die Annahme, man hätte in der Tschechoslowakei mit dem Gedanken einer Neutralisierung oder gar eines Übertritts vom sozialistischen zum westlichen Pakt-System gespielt. Jedes Auftreten Dubčeks, Černíks, Svobodas, Kriegls,

³¹⁾ Robert Kalivoda, Demokratisierung und kritisches Denken, in: Literární listy Nr. 10/1968 vom 2. 5. 1968.

Hájek bestätigt die unveränderte Grundauffassung der offiziellen tschechoslowakischen Politik.

Die Moskauer Prawda („Wahrheit“), das Organ des ZK-Präsidiums der KPdSU, wußte es besser. In ihrem Redaktionsartikel „Die Verteidigung des Sozialismus ist die höchste internationalistische Pflicht“ vom 22. August 1968 schrieb sie: „Die Führer der ČSSR haben wiederholt Erklärungen über die unverbrüchliche tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft abgegeben... Natürlich kann man schöne Reden über Freundschaft und Solidarität, über Treue zur Bündnispflicht halten, wichtig sind aber nicht die Worte, sondern das, was dahinter steckt...“

Es blieb dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP Wladyslaw Gomulka vorbehalten festzustellen, „die Tschechoslowakei habe sich auf dem Wege zur Wiederherstellung des Kapitalismus, zum Bruch ihres Bündnisses mit den sozialistischen Staaten, zum Verlassen des Warschauer Vertrages befunden... Ihre Wirtschaft sei dabei gewesen, sich eng mit der Wirtschaft der kapitalistischen Staaten, vor allem mit der westdeutschen Wirtschaft, zu verbinden...“³²⁾

Gomulka wußte ebenso wie Ulbricht, Brezhnew u. a., daß diese letzte Feststellung ge-

nauso unwahr war wie die vorhergegangenen Anschuldigungen. Er wußte aufgrund von Analysen der Führungsgremien des Comecon, wie eng die Wirtschaft der Tschechoslowakei mit der der im Comecon vereinten Staaten verknüpft war. Und er wußte ebenso gut, daß, hätte es wirklich einen Plan der Lösung der tschechoslowakischen Wirtschaft aus den Banden des osteuropäischen ökonomischen Systems gegeben, dieser niemals aus dem Bereich der Vorstellungen hätte heraustreten und konkrete praktische Form annehmen können. Eine Wirtschaft, die so vollkommen abhängig von Rohstofflieferungen aus dem Osten ist wie die der Tschechoslowakei und die ihre Produktion so auf die quantitativen und qualitativen Ansprüche ihrer sozialistischen Handelspartner seit Jahren zugeschnitten hatte, wobei sie sich selbst weitgehend aus der internationalen Arbeitsteilung mit den am höchsten entwickelten Industrienationen der Welt ausgeschaltet hatte (über 70 % des tschechoslowakischen Außenhandelsvolumens wird mit sozialistischen, vor allem Comecon-Ländern abgewickelt, der Rest zu etwa gleichen Teilen mit westlichen Staaten und mit Entwicklungsländern), konnte überhaupt nicht daran denken, hier einen prinzipiellen, schnellen Umschwung herbeizuführen.

VIII. Die Auswirkungen des Eingriffs

Der Eingriff vom 21. August 1968 und die darauf folgende unaufhörliche Vergewaltigung der tschechoslowakischen Innen- und Außenpolitik hat nicht nur den Sozialismus in der Tschechoslowakei nicht gefestigt, das Warschauer Bündnis nicht gestärkt, die Partei nicht zur führenden Position gebracht, dem Marxismus-Leninismus nicht zum Sieg über das Ketzertum verholfen, sondern genau das Gegenteil von dem bewirkt, weswegen er — angeblich — durchgeführt worden ist.

Zum erstenmal in der Geschichte der Völker der Tschechoslowakei ist ein tiefer, unauflösbarer Antisowjetismus und Antirussismus entstanden, der von nun an als realer Faktor in der weiteren Entwicklung mitwirken wird.

Tschechen wie Slowaken ist klar geworden, daß das entscheidende Hindernis für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz die reaktionäre Gewalt der Sowjetunion war und sein wird: ihr erstarrtes, asiatisch-byzanti-

nisches Regierungssystem, ihre Unbeweglichkeit, ihre rigide Ablehnung jeglicher — auch marxistisch-revolutionärer — gesellschaftlicher, politischer, kultureller Entwicklung außerhalb ihrer eigenen Interessen. Die ursprüngliche Hoffnung, unbeirrt, trotz Okkupation und massiven Drucks von außen, den sozialistischen Weg im Lande weiter gehen zu können und mit etwas mehr Vorsicht und Umsicht doch noch das gesteckte Fernziel, vielleicht später und mühseliger, erreichen zu können, ist nach der zweiten sowjetischen Intervention Ende März 1969 zusammengebrochen. Eine neue Verschmelzung von Antisowjetismus und Antisozialismus hat stattgefunden; sie hat sich um so schneller vollzogen, je mehr die letzte Hoffnung zertreten wurde, der Sozialismus sei überhaupt unter den bestehenden Umständen realisierbar. Nicht nur das: Der fortschreitende Prozeß der Diskreditierung der KP durch die Tätigkeit stalinistischer Stoßtrupps, durch die Verabschiedung von Ausnahmegesetzen, die in einem gewissen Sinn das stalinistische System noch dadurch übertreffen, daß sie

³²⁾ Rede am 8. 9. 1968 in Warschau.

anstelle persönlicher Willkür einzelner das Unrecht allgemein legalisieren, und schließlich durch den Rückfall in Sprache, Methoden und Vorstellungen der fünfziger Jahre — dieser Prozeß führte dazu, daß die KP überhaupt als positiver Faktor aus der Erwägung ausscheidet, wie der jetzige Zustand unter günstigen innen- und außenpolitischen Bedingungen verändert werden könnte.

Das tschechoslowakische Experiment ist nie aus der Phase des Denkens, der Diskussion, der Formulierung von Nah- und Fernzielen herausgekommen. Es hat einige Teilmaßnahmen verwirklicht, es hat einige Grundfreiheiten wiederhergestellt, die schon Ergebnis der großen bürgerlichen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts gewesen sind. Es hat weder Zeit noch Möglichkeit gehabt, weitere Freiheiten zu konstituieren und zu sichern, die über jene Rechte und Freiheiten hinausgehen oder die eine sozialistische Demokratie und einen demokratischen Sozialismus kennzeichnen sollten. Es ist überhaupt nicht erwiesen, ob der Sozialismus in der Praxis jene „Ehe“ mit der Freiheit auch verträgt, von der Goldstücker am 1. März 1968 in der festen Zuversicht „Eppur si muove!“ (Und sie bewegt sich doch!) gesprochen hat.

Der Einmarsch hat die Möglichkeit zerschlagen, den wissenschaftlichen Wert des Marxismus in der Praxis zu beweisen — oder zu widerlegen.

Das Ergebnis der Invasion ist eine Kommunistische Partei in der ČSSR ohne Perspektiven und Autorität, eine zerrüttete Wirtschaft, eine tiefe Abneigung gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten, ein wiederum zum Dogma und zur Phrase degradiertes „Marxismus“, ein sozialistisches System faschistoider Prägung, ein zum Schweigen verurteiltes Denken.

Die Rechtfertigung des Eingriffs mit der Pflicht der Gemeinschaft, den Sozialismus überall zu verteidigen, wo er bedroht ist (Breshnew-Doktrin) — auch gegen den Willen und ohne Wissen der national zuständigen KP —, hat alle schon bestehenden zentrifugalen Tendenzen in der Kommunistischen Weltbewegung ungemein beschleunigt. Der Ruf „weg von Moskau“ ist dagegen die Voraussetzung für Erfolge der westeuropäischen und ostasiatischen Kommunistischen Parteien im Kampf um die Erringung der Macht auf demokratischen Wege geworden.

Das Mißtrauen gegenüber Moskau ist geblieben — trotz Entspannungspolitik, trotz aktiver Ostpolitik. Wenn beim Partner der Grundsatz „pacta sunt servanda“ nur bedingt gilt, werden zum Schutz vor ihm andere Sicherheitsgarantien gesucht.

Wo die Menschenrechte als quantité négligeable betrachtet werden, kann es auch um die Moral in den internationalen Beziehungen nicht zum besten bestellt sein.

Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ

Probleme bei der kommunistischen Kaderbildung vor der SED-Gründung

Die heutige SED versteht sich als die konsequente Fortführerin der Kommunistischen Partei Deutschlands. Doch bisher hat die DDR-Geschichtsschreibung den Wiederaufbau der KPD 1945 nur sporadisch untersucht. Vor allem fehlen umfassende Angaben über Mitgliederstruktur und Entwicklung des Funktionskörpers bis zur Gründung der SED im April 1946.

Um zu verstehen, wie die 1933 zerschlagene KPD 1945 wiederaufgebaut wurde und wie die Kommunisten dann ihre Führungsrolle in der SBZ und später in der DDR durchsetzten, sind Einblicke in Organisations- und Kaderprobleme aber ebenso wichtig wie — bisher in der Literatur weit mehr behandelte — politische Strategien und Konzeptionen¹⁾. Einige Kaderprobleme der KPD 1945 sollen hier skizziert, in erster Linie aber entsprechendes Material über die Lage der Kader zusammengestellt werden, allerdings nur für das Gebiet der späteren DDR.

Die Ausgangslage ist bekannt: Deutschland war 1945 wirtschaftlich ruiniert, das Klassenbewußtsein der Arbeiter nach zwölf Jahren NS-Herrschaft und Krieg weitgehend verschüttet. Die politische Macht in Deutschland lag 1945 bei den Besatzungstruppen. Doch die überlebenden Funktionäre der früheren Arbeiterbewegung versuchten sofort einen Neubeginn, ein antifaschistisches Deutschland war Ziel ihrer Aktivitäten. Die spontanen Ansätze zu antifaschistischen Organisationsformen versandeten jedoch, da die politischen Möglichkeiten angesichts der Bestimmungen der Besatzungsmacht und der Lethargie der verelendeten Massen zu gering waren²⁾. Da

die Sowjetische Militäradministration bereits im Juni 1945 in ihrer Zone wieder Parteien zuließ, bestimmte rasch die tradierte Form des Parteiensystems die Organisation des politischen Lebens.

Die KPD war schon am 11. Juni 1945 als erste Partei mit ihrem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit getreten, der wie eine Abkehr von den revolutionären Traditionen der Partei wirkte. Die KPD-Führer sprachen sich ausdrücklich gegen die Einführung des Sowjetsystems in Deutschland aus und forderten die Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik und engste Zusammenarbeit aller antifaschistischen Parteien³⁾.

Der Aufbau der Partei war durch die Mitglieder der Gruppen Ulbricht, Ackermann und Sobottka, die bereits Anfang Mai mit sowjetischen Instruktionen aus Moskau in Deutschland eintrafen⁴⁾, vorbereitet worden. Die KPD-Kader im Lande hatten freilich aus eigener Initiative sofort die Parteiorganisation wieder aufgebaut. In Berlin begann man Anfang Mai mit der Schaffung von Betriebsgruppen⁵⁾. Ehemalige Mitglieder wurden aufgefordert, „an die Reorganisation der Zellen zu gehen, um die bezirkliche Erfassung zu ermöglichen und für die Entgegennahme der Anweisungen der Zentrale bereit zu sein“⁶⁾. Obwohl noch keine Parteien zugelassen waren, duldeten bzw. unterstützten die sowjetischen Besatzungsoffiziere offensichtlich diese kommunistischen Aktivitäten⁷⁾.

¹⁾ Von der neueren Literatur sei hier nur genannt Dietrich Staritz, Sozialismus in einem halben Land, Berlin (West) 1976.

²⁾ Über die Antifa-Bewegung vgl. jetzt: Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976. Neben Antifa-Ausschüssen im Westen wird auch über solche in Leipzig berichtet. M. E. werden in diesem Band die Chancen für diese Ansätze zu positiv gesehen.

Leicht gekürzter Vorabdruck aus: Robert Havemann: Ein deutscher Kommunist. Antworten auf Fragen von Manfred Wilke, Reihe „rororo aktuell“.

³⁾ Der Aufruf ist u. a. abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin (Ost) 1959, S. 14 ff. (bei diesem Aufruf fehlen bezeichnenderweise die Unterschriften der Parteigründer), und Hermann Weber (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln 1963, S. 431 ff.

⁴⁾ Vgl. die Interna bei Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 334 ff.

⁵⁾ Erinnerungsbericht von Karl Helms, in: Die Befreiung Berlins 1945. Eine Dokumentation, hrsg. v. Klaus Scheel, Berlin (Ost) 1975, S. 208.

⁶⁾ Aufruf der „Zelle Süd Ost 16“ der KPD, ebd., S. 180.

⁷⁾ Nach einem Bericht Wiesners gestattete Anfang Mai der sowjetische Kommandant die Parteilätigkeit und meinte „schmunzelnd... natürlich

Es gab an der Basis allerdings zahlreiche Versuche, anstelle von KPD und SPD eine einheitliche Arbeiterpartei zu gründen. Nur einen Tag nach dem KPD-Aufruf, am 12. Juni 1945, forderte ein Vertreter Spandaus, eine „einheitliche große Bewegung mit dem Namen ‚Deutsche antifaschistische Arbeiterpartei‘ ins Leben zu rufen“⁸⁾. Diese Bestrebungen wurden von der KPD-Führung ebenso verhindert wie die Absicht, Antifa-Komitees als Machtorgane zu schaffen⁹⁾. Zum anderen gab es auch Versuche, einfach an die Politik von 1933 anzuknüpfen und traditionelle kommunistische Politik zu machen. Während die Ulbricht-Führung (dem Leitungszentrum der KPD — dem Sekretariat — gehörten Ulbricht, Pieck, Dahlem und Ackermann an)¹⁰⁾ die Symbolik der alten KPD bewußt vermied, um die neue Linie glaubhaft zu machen, hielten untere Einheiten an Hammer und Sichel oder am Sowjetstern fest¹¹⁾. Ein „Ortskomitee“ bestimmte am 14. Mai 1945 in Pirna z. B. folgendes: „Der neue Gruß ist: Rot Front, der alte Gruß der kommunistischen Freiheitskämpfer. Die Anrede: Genossin oder Genosse und Du.“¹²⁾

Der Ruf nach Schaffung des kommunistischen Jugendverbandes war ebenso zu hören¹³⁾ wie altbekannte kommunistische Forderungen nach Diktatur des Proletariats oder Räterepublik¹⁴⁾. Es ist bekannt, wie rasch die Füh-

müßten wir zuerst unsere Pflicht als Kommunisten erfüllen“. Erich Wiesner, in: Wir sind die Kraft. Der Weg zur DDR. Erinnerungen, Berlin (Ost) 1959, S. 492 f.

⁸⁾ Vgl. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band II, 2. Zusatzband, Berlin (Ost) 1968, S. 316.

⁹⁾ Vgl. z. B. Schafft die Einheit. Die Gründung der SED in Chemnitz, Karl-Marx-Stadt o. J. (1959), S. 49.

¹⁰⁾ Geschichte der SED. Abriss, Berlin (Ost) 1978, S. 87.

¹¹⁾ Vgl. die Dokumente in Günter Meusel, Brüder, in eins nun die Hände. Der Prozeß der Vereinigung von KPD und SPD im Kreis Hoyerswerda, Hoyerswerda 1971, S. 18 ff. Karl Urban, Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg, Potsdam 1976, S. 97 ff. (Dokumentation von J. Schulz, K. Urban und W. Wölk); Ulbricht wandte sich Ende Juni ausdrücklich gegen die früheren Symbole „Rot Front“, Hammer und Sichel usw. Vgl. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band II, Zusatzband, Berlin (Ost) 1966, S. 233.

¹²⁾ Vgl. den Faksimileabdruck: Neue Zeit. Amtliches Organ des Ortskomitees Pirna und Umgegend in: Herbert Anger/Heinz Rieger, Hell aus dem dunklen Vergangenen. Beiträge zur Vereinigung der Arbeiterparteien des Kreises Pirna, Pirna o. J. (1961), S. 15.

¹³⁾ Vgl. Richard Gyptner, in: Wir sind die Kraft, a. a. O., (Anm. 7), S. 89.

¹⁴⁾ Vgl. Siegfried Thomas, Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Berlin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8. Jg. 1960, S. 1322.

rung solche „Abweichungen“ überwinden konnte. Dies ist nicht nur auf die traditionelle Parteidisziplin in der KPD zurückzuführen, die nach dem Aufruf vom 11. Juni 1945 schnell eine einheitliche Parteilinie ermöglichte, sondern auch auf die Umstrukturierung der Parteiorganisation, in der die alten Kader bald nur noch eine Minderheit bildeten.

Im Mai und Juni 1945 versuchten viele Funktionäre, das Parteiwachstum zu bremsen. „Seid wachsam, prüft jeden auf Herzen und Nieren“¹⁵⁾, war die Parole, oder: „Wir wollen nicht mehr, sondern nur eine schlagfertige Clique sein“¹⁶⁾. Doch bereits die ersten Schritte waren unterschiedlich. Ende Juni 1945 ergab eine Revision Ulbrichts in der Nähe Berlin folgendes Bild: In Potsdam hatte die KPD 100 Mitglieder, davon 75 Altkommunisten und 15 ehemalige Sozialdemokraten. In Strausberg waren nur 56 Altkommunisten aufgenommen worden, ebenso in Schwedt („Neue haben wir grundsätzlich nicht aufgenommen“). In Werder gab es 400 Mitglieder, darunter nur 150 alte Genossen, in Königs-Wusterhausen 53 Mitglieder, darunter 25 frühere Sozialdemokraten und 20 Kommunisten¹⁷⁾.

Die Partei wurde schon Ende Juni von der Führung aufgefordert, keine „Sekte“ zu sein, sondern Mitglieder zu werben. Die Frage, wer Mitglied der KPD werden könne, wurde im Juli mit dem Hinweis beantwortet, wer für den Weg des „Aufbaus einer freien und fortschrittlichen Nation“ eintrete, „der kann nicht nur, der sollte Mitglied der KPD werden“. Die KPD solle „Volkspartei“ werden, „alle Schichten des werktätigen Volkes repräsentieren!“¹⁸⁾. Nachdem die alten Kader das Organisationsgerüst der Partei geschaffen hatten und damit die Disziplinierung möglich war, wollte die Führung rasch eine Massenpartei bilden. Dabei spielte auch Ulbrichts These eine Rolle, „daß möglichst bald die Zusammensetzung der Partei geändert werden muß durch Hereinnahme aktiver Antifaschisten“, da die Mehrheit der alten Kader „sektiererisch“ eingestellt sei¹⁹⁾. Es sollten also

¹⁵⁾ Aus einem Leitartikel der Volkszeitung, Halle, zitiert in: Karl-Heinz Schiller, Wie die SED in Halle entstand, Halle o. J., S. 32.

¹⁶⁾ So der Vertreter von Blankenfelde, in: Ulbricht, Zur Geschichte... (Zusatzband), a. a. O., (Anm. 11), S. 227.

¹⁷⁾ Ebd., S. 223 ff.

¹⁸⁾ Ebd., S. 227. Franz Dahlem, Wer kann Mitglied der KPD werden? in: Deutsche Volkszeitung, Zentralorgan der KPD, Nr. 39 vom 27. Juli 1945; Ulbricht, Zur Geschichte, Zusatzband, a. a. O., (Anm. 11), S. 227.

¹⁹⁾ Ulbricht, ebd., S. 205.

neue Kader gewonnen werden. Die Grundlage dazu war in der SBZ gegeben. Die Kommunisten besaßen nach dem Schock des totalen Zusammenbruchs 1945 die Chance für eine Massenbasis, weil sie als entschiedene Widerstandskämpfer gegen das Hitler-Regime erhebliche Autorität besaßen, aber auch, weil sie mit der siegreichen Sowjetmacht liiert waren. So konnte die Partei ab Juli 1945 einen Zustrom neuer Mitglieder registrieren.

Doch geriet die KPD bald in einen Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung. Die KPD identifizierte sich mit der sowjetischen Besatzungsmacht, sie rechtfertigte die Übergriffe der Roten Armee, die Behandlung der Kriegsgefangenen, die Reparationspolitik usw. und sie schwenkte stets auf die jeweilige Strategie und Taktik der UdSSR ein. Obwohl sich die KPD als Arbeiterpartei verstand, vertrat sie bei Interessenkonflikten zwischen der Sowjetunion und der deutschen Arbeiterschaft ohne Zögern den Kurs Moskaus. So mußte die Partei in die Isolierung geraten. Gleichzeitig zerstörten die Kommunisten den Grundkonsens, der zwischen allen antifaschistischen Kräften nach dem Zusammenbruch bestanden hatte. Die deutschen Kommunisten, die unter Hitler entschiedenem und opferreichen Widerstand geleistet hatten, wollten zwar in erster Linie die Überreste des Nationalsozialismus überwinden und jede Wiederkehr einer faschistischen Diktatur verhindern, aber darüber hinaus schrittweise ihre Vorherrschaft, ihre „führende Rolle“, ausbauen. Für die KPD wurde der „Antifaschismus“ zum Instrument ihrer Parteipolitik, und auch das führte zur Isolierung.

Andererseits übertrug die Besatzungsmacht gerade der KPD zahlreiche Funktionen in Staat und Verwaltung. Damit hatte die Partei erstmals auch privilegierte Posten zu vergeben. Das führte zu einem starken Zulauf und täuschte eine Massenbasis vor. Die Partei geriet jedoch eher in Gefahr, von Karrieristen unterwandert zu werden. Zunächst eröffneten die Säuberungen Aufstiegsmöglichkeiten für KPD-Mitglieder. Allein in Sachsen-Anhalt wurden von 140 000 Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes 50 000 NSDAP-Mitglieder bis 1946 entlassen²⁰⁾. In die Landes- und Stadtverwaltungen rückten erstmals Kommunisten

²⁰⁾ Robert Siewert, in: *Wie die Arbeiter- und Bauern-Macht entstand. Erlebnisberichte aus Sachsen-Anhalt*. 2. erg. Aufl. Halle o. J. (1960), S. 61. In Berlin wurden Anfang Juli 1945 „25 740 Nazis entlassen“. *Befreiung und Neubeginn*, Berlin (Ost) 1968, S. 182; vgl. auch: *Aufbruch in unsere Zeit. Erinnerungen an die Tätigkeit der Gewerkschaften von 1945 bis zur Gründung der DDR*, Berlin (Ost) 1976, S. 25.

ein. In der Landesverwaltung Sachsen saßen Anfang 1946 440 Mitglieder der KPD, 521 der SPD, 90 der LDP, 89 der CDU und 901 Parteilose. In der Stadtverwaltung Leipzig waren es Ende 1945 2 000 Mitglieder der KPD, 4 000 der SPD, 600 der beiden anderen Parteien und 12 000 Parteilose²¹⁾. Gerade solche Parteilose aber strömten bei den Werbekampagnen der KPD in den folgenden Monaten in die Partei.

Auch die alten kommunistischen Kader übernahmen Staatsfunktionen. Von 64 Oberbürgermeistern und Landräten bzw. deren Stellvertretern in Thüringen gehörten Ende 1945 30 der KPD an (22 der SPD, 5 der CDU oder LDP und 7 waren parteilos). In Mecklenburg waren von 20 Landräten 8 (nach anderen Angaben sogar 13) Mitglied der KPD²²⁾. Die neue Funktion der KPD als privilegierte Staatspartei führte einerseits zu einer großen Nachfrage nach Kadern, andererseits zur Abkapselung von den Massen. Der spätere Widerspruch im DDR-Kommunismus — die Isolierung der Führungseliten von der Bevölkerung, damit die Abhängigkeit des Systems von der UdSSR und die diktatorische Herrschaft der Partei über die Masse — bildete sich also in Ansätzen bereits 1945 heraus. Vor diesem Hintergrund ist die Kaderpolitik als zentrales Problem der Parteiführung zu sehen und die Frage interessant, wie groß die Rekrutierungsbasis der KPD in der sowjetisch besetzten Zone war.

Die KPD zählte Ende 1932 rund 250 000 zahlende Mitglieder (registriert waren sogar 360 000)²³⁾. Davon wohnten 130 000 in Westdeutschland, 20 000 in Ostdeutschland und

²¹⁾ K. H. Schöneburg, R. Mand, H. Leichtfuß, K. Urban, *Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1966, S. 326. In der Landesverwaltung Schwerin arbeiteten 40 Kommunisten, 118 Sozialdemokraten, 29 CDU-Mitglieder und 327 Parteilose. Vgl.: *Theorie und Praxis. Wissenschaftliche Beiträge der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED*, Heft 1, 1975, S. 71.

²²⁾ Schöneburg u. a., a. a. O., S. 326. Helene Fiedler, *SED und Staatsmacht*, Berlin (Ost) 1974, S. 24. 13 KPD-Landräte gab es hingegen nach: *Die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion — entscheidende Voraussetzung für den weiteren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Protokoll der Konferenz vom 3./4. April 1945, Teil II. Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Greifswald*, Greifswald 1976, S. 259. Nach diesen Angaben gehörten von 107 Oberbürgermeistern, Landräten und Bürgermeistern in Mecklenburg Ende 1945 61 der KPD, 25 der SPD, 1 der CDU an, 20 waren parteilos. Nicht die Präsidenten, aber alle 5 Vizepräsidenten der von der SMAD eingesetzten Landes- und Provinzialverwaltungen gehörten der KPD an, vgl. *Theorie und Praxis*, a. a. O., S. 25.

²³⁾ Für diese und die folgenden Zahlen über die KPD vgl. Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1969, S. 361 ff.

100 000 in der heutigen DDR (registriert sogar etwa 140 000 Mitglieder). Auch nach der Zahl ihrer Wähler war die KPD in ihren Hochburgen Berlin, Halle-Merseburg, Sachsen und Thüringen überproportional stark vertreten. Im November 1932 hatte die Partei in Mitteldeutschland (Einwohner ca. 18 Millionen) 2,3 Millionen Stimmen, in Westdeutschland (Einwohner ca. 37 Millionen) 3 Millionen und in Ostdeutschland (Einwohner 9 Millionen) eine halbe Million Stimmen erhalten.

Die Realität entsprach in Mitteldeutschland 1945 aber nicht unbedingt der starken Repräsentation von 1932/33. Die Zusammenbruchsituation, zwölf Jahre NS-Einfluß, politische Lethargie, Bevölkerungsverschiebungen durch Vertreibung, Bombenkrieg, Kriegsgefangenschaft (die frühere KPD-Hochburg Berlin zählte im Mai 1945 nur noch 2,6 Millionen der ehemals 4,3 Millionen Einwohner) — all das hatte auch zu Veränderungen in der politischen Landschaft geführt.

Vor allem aber waren die KPD-Kader durch den Nazi-Terror dezimiert. Nach Angaben der SED waren von 300 000 Mitgliedern die Hälfte, nämlich 150 000, inhaftiert gewesen. Zehntausend Kommunisten — oft wird sogar von Zehntausenden gesprochen — wurden ermordet²⁴⁾. Die Rote Hilfe hatte für die Zeit von 1933 bis Mitte 1935 bereits 4 656 vom Hitler-Regime Ermordete registriert²⁵⁾. Allein für Berlin gab die KPD 1945 bekannt: „Über 800 Berliner Genossen wurden von Hitlers Verbrecherbanden ermordet.“²⁶⁾ Von 4 000 KPD-Mitgliedern in Leipzig waren 2 280 im Zuchthaus oder KZ gewesen, von 4 000 Dresdener Mitgliedern 1 562 und von 4 000 Mitgliedern aus Chemnitz 1 600. Auch in Sachsen gab es „viele Hunderte“ Todesopfer. Thüringen hatte 1945 6 000 frühere politische Häftlinge, anerkannte „Opfer des Faschismus“²⁷⁾.

²⁴⁾ Vgl. z. B. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin (Ost) 1966, S. 436; Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin (Ost) 1969, S. 72; Geschichte der SED, a. a. O., (Anm. 10), S. 68; Fundierte Angaben bei Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 525, dort weitere Hinweise auf DDR-Angaben.

²⁵⁾ Vgl. Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933 bis 1939, Frankfurt/M. 1974, S. 89.

²⁶⁾ Einstimmig beschlossen: SED Groß-Berlin, o. O. u. J. (Berlin 1946), S. 16.

²⁷⁾ Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der KPD, Berlin 1946, S. 173 f. Für Chemnitz wurden später 44 ermordete Antifaschisten und 114 an den „Folgen unmenschlicher Behandlung“ Verstorbener angegeben (Schafft die Einheit, a. a. O., Anm. 9, S. 8). Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen 1945—1952, Erfurt o. J. (1975), S. 43.

Die KPD hatte durch ihre verfehlte Politik vor 1933 („Sozialfaschismus“-These usw.) ungewollt den Aufstieg Hitlers gefördert. Solche Zahlen zeigen aber, daß die KPD nach 1933 erbitterten Widerstand gegen das Hitler-Regime leistete und die größten Blutopfer brachte. Von diesem Aderlaß, der ja vor allem die qualifiziertesten und ergebensten Parteifunktionäre betroffen hatte, konnte die KPD sich nicht ohne weiteres erholen.

Die Beschreibung einer Funktionärsversammlung im Mai 1945 in Stettin durch Erich Wiesner kann als typisch angesehen werden: „Von den damals (d. h. im Januar 1933) 620 Genossen saßen nur noch 80 im Saal, alle grau im Gesicht und durch Leiden gealtert, aber mit leuchtenden Augen, daß sie diese Stunde noch erleben konnten. Von den Mitgliedern des vor 1933 bestehenden Bezirkssekretariats war ich der einzige Überlebende. Alle anderen waren von den Nazis ermordet worden oder waren verschollen.“²⁸⁾

Die Unterdrückung durch das NS-Regime hatte die KPD-Kader geprägt und zusammengeschießt. Da die Überlebenden der KZs und Zuchthäuser (so auch der zum Tode verurteilte Robert Havemann) ihre Befreiung der Sowjetarmee verdankten, war die ohnehin positive Grundeinstellung gegenüber der UdSSR noch gewachsen, Stalins Ansehen als Führer der siegreichen Sowjetarmee gestiegen. Diszipliniert ordneten sich die befreiten Kommunisten der Autorität der Führung unter und schwenkten auf die neue Linie ein.

Geht man (trotz der oben angeführten Gründe) davon aus, daß entsprechend dem Stand von 1932 in der Sowjetzone ein Stamm von 100 000 Kommunisten vorhanden war, so müßten diese bereits im Juli 1945 alle wieder organisiert gewesen sein, denn die KPD erreichte damals eine Mitgliederzahl von etwa 100 000. Doch schon im November 1945 zählte die KPD 270 000 Mitglieder, Ende 1945 etwa 400 000, im Februar 1946 511 000 (in ganz Westdeutschland dagegen nur 160 000!) und im April 1946 schließlich fast 600 000 Mitglieder²⁹⁾. Ein halbes Jahr nach der Zulassung

²⁸⁾ Wiesner, a. a. O. (Anm. 7), S. 493 f.

²⁹⁾ Für die „unmittelbaren Nachkriegstage“ gibt Staritz (a. a. O., Anm. 1, S. 68) „ca 50 000 Mitglieder“ an, was etwas hoch gegriffen scheint. Die Zahlen für Juli und Ende 1945 sind geschätzt aus den unten angegebenen Regionalmitgliedernzahlen. Zu den übrigen Zahlen: Ulbricht, Zur Geschichte..., 2. Zusatzband, a. a. O., (Anm. 8), S. 327; Ulbricht, Zur Geschichte..., Zusatzband, a. a. O., (Anm. 11), S. 359; Bericht 15. Parteitag, a. a. O. (Anm. 26), S. 66, 137 (am 31. 3. 1946 zählte die KPD danach 584 897 Mitglieder); Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, Köln 1957, S. 282.

der KPD kamen also auf ein altes Mitglied drei neue, und unmittelbar vor der Vereinigung mit der SPD auf ein altes fünf neue KPD-Mitglieder. Die zugänglichen Unterlagen

lassen leider kein vollständiges Bild der regionalen Entwicklung zu, doch zeigt die folgende Tabelle erhebliche Unterschiede an³⁰⁾:

		Berlin	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Brandenburg	Mecklenburg
1932		30 000	30 000	20 000	10 000	6 000	3 190
1945	Ende Juni:			40 000			935
	Juli/August:	32 000					3 500
	September:					14 730	15 248
	Oktober:					25 583	16 549
	Dezember:	58 000				40 949	31 975
1946	Januar:		135 000	99 000			38 118
	Februar:	64 000	150 000	120 000	62 000	58 158	55 000
	April:	75 000	194 000	146 000	73 000	66 000	70 516
Mio.							
1946	Einwohner:	2,6	4,4	3,1	2,2	1,9	1,5

Gab es in Berlin bis zur Vereinigung das Zweieinhalbfache von neuen gegenüber den alten Kadern, so in Sachsen das Sechsfache, in Thüringen und Sachsen-Anhalt das Siebenfache, in Brandenburg das Zehnfache und in Mecklenburg sogar das Zwanzigfache. Gerade in den ländlichen Gebieten gingen die alten Kader fast völlig in der neuen Mitgliedschaft auf, hier mußten sogar wichtige Funktionen an „Neukommunisten“ übertragen werden. In Industrieorten und in früheren KPD-Hochburgen schwoll die Mitgliedschaft ebenfalls an. In Gotha zählte die KPD am 14. Juni 1945 nur 80 Mitglieder, im April 1946 1 057. Im Stadtteil Zentrum in Halle waren es im Juli 1945 50 Mitglieder, im Oktober 900. In Plauen zählte die KPD im September 1945 879, im Januar 1946 1 748 Mitglieder. In Bischofswerda (etwa 10 000 Einwohner) hatte die KPD vor 1933 50 Mitglieder, im April 1946 520³¹⁾.

³⁰⁾ Die Zahlen wurden nach folgenden Unterlagen zusammengestellt oder errechnet: Weber, Wandlung, a. a. O., (Anm. 22), S. 367 ff.; Bericht des Parteivorstandes der SED an den 2. Parteitag, Berlin 1947, S. 30; Akten Ostbüro (Archiv der sozialen Demokratie), 0301 II SED; Einstimmig..., a. a. O., (Anm. 25), S. 24; Siegfried Thomas, Entscheidung in Berlin, Berlin (Ost) 1964, S. 135 f.; Walter Ulbricht, Der Plan des demokratischen Neuaufbaus, Berlin 1946, S. 46; Berliner Arbeiterbewegung, 25 Jahre SED, Berlin (Ost) 1971, S. 11; Matern, in: Wir sind die Kraft, a. a. O., (Anm. 7), S. 44; Helfried Wehner (Hrsg.), Kampfgefährten — Weggenossen, Berlin (Ost) 1975, S. 52 f; Urban, a. a. O., (Anm. 11), S. 306; Heinz Vosske, Über die Initiativgruppe des ZK der KPD in Mecklenburg,

Nicht anders war es in Großstädten. In Leipzig erreichte die KPD ihren Stand von vor 1933, 4 000 Mitglieder, zwar erst im Oktober 1945, sie zählte aber im März 1946 (allerdings

in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 6. Jg. 1964, S. 435; Beiträge zur Geschichte der SED, Hrsg.: St. Doernberg, Berlin (Ost) 1961, S. 88; Wenn wir brüderlich uns einen... Der Kampf um die Schaffung der SED in Dresden, Dresden 1961, S. 48, 57, 69; Sächsische Heimatblätter, Heft 1/1975, S. 44; Theorie und Praxis, Heft 2, April 1961, S. 9. Eine andere Quelle gibt für Mecklenburg Ende Juli 3 514 Mitglieder an (Wissenschaftl. Zeitschrift der Universität Greifswald, Jg. 1964, Nr. 1-2, S. 108); Die Befreiung vom Faschismus, a. a. O., (Anm. 22), S. 200, 204; Heinz Gerd Rackow, Der Kampf um die Veränderung der Machtverhältnisse in der Stadt Rostock im ersten Jahr der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, Mai 1945 bis Herbst 1946, Phil. Diss. Rostock 1968, S. XIII.

In den DDR-Angaben finden sich teilweise widerspruchsvolle Zahlenangaben. Beispielsweise gibt Ulbricht (Zusatzband) für Mecklenburg im Februar 1946 55 000 Mitglieder an, dagegen Rackow 46 413. In der Tabelle Mecklenburg wurden die Zahlen Rackows übernommen, für Februar 1946 aber die von Ulbricht.

³¹⁾ Über die Situation der Sozialdemokraten auf regionaler und lokaler Ebene mit entsprechenden Einsichten auch für die Tätigkeit der Kommunisten, auf die hier nicht eingegangen werden kann, informiert der Beitrag: Beatrix W. Bouvier, Antifaschistische Zusammenarbeit. Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz, in: Archiv für Sozialgeschichte, XVI. Band 1976, S. 417 ff.; zu den Zahlen vgl.: Gotha. Zur Geschichte der Stadt, Gotha-Leipzig 1975, S. 129, 133; Schiller, a. a. O., (Anm. 15), S. 32; Alfred Leonhardt u. a., Plauen vor 20 Jahren. o. O. u. J. (1966), S. 49; Theorie und Praxis, Heft 2, April 1961, S. 22.

Stadt- und Landkreis) 26 000 Mitglieder (SPD: 36 000)³²⁾.

Die einzige Stadt, über die fortlaufende Angaben zu finden waren, ist Chemnitz³³⁾. Vor 1933 gab es 4 000 Mitglieder, im Mai 1945 bauten 50 Funktionäre die Partei wieder auf, die sich folgendermaßen entwickelte (in Klammern die Mitgliederzahlen der SPD):

15. Oktober 1945	5 436	(7 209)
15. November 1945	7 364	(8 708)
15. Dezember 1945	9 209	(9 789)
10. Januar 1946	10 126	(10 787)
10. Februar 1946	10 735	(11 927)
10. März 1946	11 900	(13 367)
10. April 1946	12 332	(14 544)

Der rasche, aber kontinuierliche Anstieg der KPD-Mitglieder ist einmal auf den Willen der Leitung zurückzuführen, eine Massenpartei aufzubauen (was für Ulbricht auch bedeutete, daß die alten Kader aufgesogen wurden und mit den „unbeschriebenen Blättern“ leichter Politik gemacht werden konnte). Zum anderen ist ein Zulauf sowohl aus ideologischen (antifaschistische Haltung) wie materiellen (Kariereaussichten) Gründen festzuhalten. Schließlich spielt die Konkurrenzsituation zur SPD eine Rolle. Ein kleiner Teil früherer Sozialdemokraten war 1945 zur KPD gestoßen. Die SPD konnte jedoch von einer besseren Ausgangsbasis ausgehen (sie hatte vor 1933 in

der heutigen DDR 581 000 Mitglieder)³⁴⁾ und damit die KPD überflügeln.

Allerdings war die KPD im Sommer 1945 stärker als die SPD, und noch Ende 1945 zählte die SPD mit 376 000 Mitgliedern eher etwas weniger als die KPD³⁵⁾. Zunächst war das freilich auf die Haltung sowjetischer Ortskommandanten auf dem Land zurückzuführen, die eher KPD- als SPD-Ortsgruppen zuließen. Denn ausgerechnet auf dem Lande, auf dem die KPD traditionell schwach verankert war, überflügelte sie die SPD³⁶⁾. Beispielsweise war in Brandenburg „in den ländlichen Gebieten die KPD stets stärker als die SPD. So hatte am 15. August im Kreis Ostprignitz die KPD 52 Ortsgruppen, die SPD bis dahin aber nur eine Ortsgruppe in Pritzwalk“³⁷⁾. Doch in der Stadt Brandenburg standen 1 100 KPD-Mitgliedern 2 000 der SPD gegenüber, in Rathenow zählte die KPD 230 Mitglieder, die SPD 600.

Anfang 1946 waren KPD und SPD in den agrarischen Bezirken Mecklenburg und Brandenburg etwa gleich stark, doch im industriellen Sachsen-Anhalt hatte die KPD im Januar 1946 99 000, die SPD 131 000 Mitglieder, in Sachsen die KPD 135 000, die SPD 145 000 Mitglieder³⁸⁾. Auch in den Betrieben dominierte keineswegs überall die KPD. Im März 1946 hatten die Gruppen von KPD und SPD in Leuna je 600 Mitglieder, in den Eisenbahnwerkstätten Chem-

³²⁾ Anfang Oktober 1945 zählte die KPD in Leipzig 4 000 Mitglieder, die SPD 12 000, die CDU 1 200 und die Demokraten 1 000 (Akten Ostbüro 0301 I). Am 19. Oktober 1945 forderte Ulbricht für Leipzig „die Mitgliederzahl der Partei in verhältnismäßig kurzer Zeit zu verdoppeln“, vgl. Ulbricht, Zur Geschichte, Zusatzband, a. a. O. (Anm. 11), S. 284; in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 30. 8. 1947 berichtete Ernst Lohagen, vor der Vereinigung habe die KPD 26 222 Mitglieder gezählt, die SPD 35 900 Mitglieder. Auf jeden Fall gab es im Stadt- und Landkreis Leipzig insgesamt 26 000 KPD-Mitglieder; bei der SPD ist vermutlich nur die Mitgliederzahl der Stadt Leipzig angegeben. Vgl. auch: 15 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Leipzig o. J. (1961), S. 45.

³³⁾ Vgl. Schafft die Einheit, a. a. O., (Anm. 9), S. 89; Hansjörg Model, Die Gründung der SED in Chemnitz, in: ... daß die Sonne schön wie nie. Aufsätze und Geschichte der Arbeiterbewegung in Karl-Marx-Stadt, o. O. u. J. (1965), S. 36; Die Gründung der SED in Chemnitz. Eine Dokumentation von Rudolph Strauß, Karl-Marx-Stadt 1966, S. 29; Durch Aktionseinheit zur Einheitspartei. Zur Geschichte der SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Karl-Marx-Stadt 1976, S. 61.

Es ist auffallend, daß nur die Regionalstudien über Chemnitz detaillierte Mitgliederzahlen beider Parteien bringen. Da Chemnitz immer zu den Hochburgen der KPD gehörte, war hier wohl im Gegensatz zu anderen Großstädten (vgl. oben Leipzig) die Differenz zwischen KPD und SPD weniger groß, daher vermutlich die offeneren Darstellungen, vgl. dazu Model, S. 35 f.

³⁴⁾ 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946, Berlin 1946, S. 82.

³⁵⁾ Vgl. die Angaben in den Anm. 29 und 30.

³⁶⁾ Das führte zu Verschiebungen in der Mitgliederstruktur. Im November 1945 sagte Ulbricht, da die KPD eine „sehr große Zahl“ von Bauern gewonnen habe, man nunmehr „die Aufnahme neuer Mitglieder ein wenig zu regulieren“ habe, nämlich „das Schwergewicht auf die Aufnahme von Betriebsarbeitern“ zu legen sei, „von denen bisher relativ wenig aufgenommen worden sind“; vgl. Ulbricht, Zur Geschichte, 2. Zusatzband, a. a. O., (Anm. 8), S. 327.

³⁷⁾ Karl Urban, Zur Geschichte der Vereinigung der KPD und SPD in der Provinz Brandenburg, Potsdam 1963, S. 91; Urban, a. a. O., (Anm. 11), S. 22 f.

³⁸⁾ Vgl. Anm. 30 und Akten Ostbüro, O 301 II. In den folgenden Monaten nahm die SPD rascher an Mitgliedern zu als die KPD. Wenn bei der Vereinigung die SPD 680 000 und die KPD 620 000 angaben (vgl. z. B. Geschichte der SED. Abriß, S. 128), so war einmal die Zahl 620 000 offenbar übertrieben, denn nach der Abrechnung von Ende März zählte die KPD 585 000 (vgl. Anm. 29), zum anderen lag es an den Berliner Verhältnissen: die SED zählte bei der Vereinigung in Berlin 99 000 Mitglieder (vgl. Bericht des PV, a. a. O., Anm. 30, S. 30), die KPD brachte davon 75 000 ein (s. d. Tabelle), von den Berliner SPD-Mitgliedern (Februar: 66 000) gingen also nur 24 000 zur SED. In der SBZ zählte dann aber die SPD 655 000, die KPD nur 525 000 Mitglieder!

nitz standen nur 70 KPD- 520 SPD-Mitgliedern gegenüber, umgekehrt bei Brabag Zeitz 800 KPD- nur 250 SPD-Mitglieder ³⁹⁾.

Es gelang der KPD zwar nicht, die SPD an Mitgliedern zu überrunden, doch sie konnte sie fast einholen. Aber während die SPD praktisch ihren traditionellen Mitgliederstand wieder herstellte (681 000 im März 1946 gegenüber 581 000 1932) ⁴⁰⁾, war die KPD eine Partei mit neuen Mitgliedern, in denen die alten Kader untergingen. Da die KPD außerdem eine neue Linie vertrat und eine neue Funktion ausübte, nämlich die Besetzung von Positionen in Staat, Verwaltung, Wirtschaft, Bildung usw., war sie überfordert.

Aus der Kadersituation ist der Schluß abzuleiten, daß das Drängen der KPD zur Vereinigung mit der SPD ab Frühherbst 1945 nicht nur die bekannten politischen Gründe hatte, sondern auch kaderpolitische Überlegungen. Um auf den unteren und mittleren Ebenen die Funktionen in Verwaltung, Wirtschaft usw. besetzen zu können, hätte die KPD noch weit mehr Mitglieder aufnehmen müssen, darunter wohl nicht wenige Karrieristen. Eine Einschmelzung der SPD löste dieses Problem, da jetzt bewährte Arbeiterfunktionäre einzusetzen waren. Freilich mußten die Kommunisten die wichtigsten Hebel in der Hand behalten, um ihre Linie durchzusetzen (doch die Macht lag ja ohnehin noch bei den Sowjettruppen), und sie mußten die früheren Sozialdemokraten durch Schulung, Ausschlüsse von Opponenten usw. assimilieren ⁴¹⁾. Doch das galt ebenso für die Neukommunisten, und wie die Entwicklung zeigt, erreichte die Führung im großen und ganzen ihr Ziel.

Allerdings läßt ein Blick auf die Parteispitze erkennen, daß es auch im führenden Funktionskörpers kaderpolitische Schwierigkeiten gab. Hier waren die Verluste der KPD bis 1945 so groß, daß die Führergarnitur der späteren DDR weitgehend neu rekrutiert werden mußte. Die DDR-Geschichtsschreibung, von der man erwarten sollte, daß sie das Schick-

sal des kommunistischen Führungskörpers näher untersucht, gibt darüber nur bruchstückhaft Auskunft ⁴²⁾. Aus diesem Grunde sollen hier erstmals Zahlen vorgelegt werden ⁴³⁾.

Das Führungskörpers der KPD von 1932 setzte sich zusammen aus 254 Abgeordneten des Reichstags und der Landtage sowie 240 wichtigen Funktionären im Parteiapparat (ZK-Mitglieder, ZK-Apparat, Führung der Massenorganisationen und wichtige Bezirksfunktionen). Durch Doppelbesetzungen nahmen insgesamt 367 Personen, von denen 347 erfaßt werden konnten, diese Spitzenpositionen ein. Die Mehrzahl kam aus dem heutigen Gebiet der DDR (mit dem Sitz der Zentrale in Berlin!), nämlich 192 Funktionäre (133 waren aus Westdeutschland, nur 22 aus Ostdeutschland). Zusammen mit weiteren 29 Parteiführern, die nach 1933 wichtige Funktionen übernahmen, sind insgesamt 376 Personen als das Führungskörpers der KPD anzusehen ⁴⁴⁾. Von diesen 376 Parteiführern waren 1945 jedoch 142, also fast 40 Prozent, tot. Von den 234 Überlebenden befanden sich 1945 78 in Westdeutschland, 26 noch in der Emigration (25 unbekannt), nur 105 Funktionäre standen 1945 in der SBZ zur Verfügung (1946 und 1947 kamen 17 weitere aus der Emigration zurück).

In der sowjetisch besetzten Zone konnte sich die KPD 1945 also nur auf ein gutes Viertel des Führungskörpers von 1932 (und auch nur auf die Hälfte derjenigen, die früher in diesem Gebiet wohnten) stützen. Von den 105 Parteiführern kamen 22 aus dem sowjetischen und 13 aus dem westlichen Exil, die meisten, nämlich 60, direkt aus Zuchthäusern und KZs, nur 10 waren beim Zusammenbruch in Freiheit. Die unterschiedlichen Erfahrungen dieser Parteiführer machten sich später im oft

³⁹⁾ Die DDR-Geschichtsschreibung muß verschleiern, daß KPD-Führer nicht nur unter Hitler, sondern auch unter Stalin ermordet wurden oder sich von der KP abwandten. Als Beispiel dieser Schwierigkeiten kann die Herausgabe und spätere Einziehung sowie dann erneute Verbreitung des „Biographischen Lexikons“ zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelten. Vgl. dazu Deutschland Archiv, 9. Jg. 1970, S. 928 ff. und 1116 f.

⁴⁰⁾ Eine genaue Übersicht mit Biographien und deren Auswertung wird an anderer Stelle erfolgen. Die Auswahlkriterien sind die gleichen, die in der „Wandlung des deutschen Kommunismus“ für frühere Zeiträume angewandt wurden (vgl. Anm. 22, Bd. 2, S. 6 ff.).

⁴¹⁾ Die KPD selbst nannte 422 Funktionäre als Führungskader (davon waren 1935 219 verhaftet, 24 ermordet und 125 in der Emigration). Vgl. Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, Berlin (Ost) 1972, S. 238.

Die hier zusätzlich aufgenommenen 29 Parteiführer (zu den 347 erfaßten von 1932) waren 1935 gewählte ZK-Mitglieder, frühere Leninschüler usw., die nach 1933 in zentrale Leitungen kamen.

³⁹⁾ Vgl. Neuer Weg, Heft 1, Januar/Februar 1946, S. 3 f.

⁴⁰⁾ 40. Parteitag, a. a. O., (Anm. 34), S. 82.

⁴¹⁾ „Die Sozialdemokraten hatten entscheidenden Anteil bei der Besetzung von Verwaltungsstellen, deren Funktionen sie nicht selten durch ihre Sachkompetenz garantierten. Wenn sie damit auch einen Teil der wichtigen ‚mittleren Ebene‘ stellten, so waren es doch die Kommunisten, die durch Besetzung der strategisch wichtigsten Positionen die politische Linie bestimmten... es war besonders diese Gruppe (Sozialdemokraten) sowohl in Partei- als auch Verwaltungsfunktionen, deren Mitglieder beim späteren Kurs auf ‚eine Partei neuen Typus‘ am häufigsten ausgeschaltet wurden.“ Vgl. Bouvier, a. a. O., (Anm. 31), S. 468.

aufbrechenden Gegensatz von Exilierten und Inhaftierten deutlich.

Von den 1945 bereits toten 142 Parteiführern waren allein 102 als Opfer des Faschismus gefallen. Daß mehr als ein Viertel des KPD-Führungskorps im Widerstand gegen die NS-Diktatur ihr Leben ließ, unterstreicht die wichtige Rolle der KPD in diesem Kampf. Es ist für die Partei aber auch bedeutsam, daß 27 der Führer von 1932 als Opfer des Stalin-Terrors in der sowjetischen Emigration ums Leben kamen. Es gibt keine vollständige Liste derjenigen deutschen Kommunisten, die während der Säuberungen in der UdSSR umkamen, doch ihre Zahl ist nicht gering ⁴⁵⁾.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß von den Mitgliedern der obersten Spitzenführung, dem Politbüro des Januar 1933, unter Hitler Ernst Thälmann und John Schehr ermordet wurden, unter Stalin aber Hermann Remmele, Hermann Schubert, Ernst Schulte und der 1932 vom Mitglied zum Kandidaten zurückgestufte Leo Flieg. Auch Heinz Neumann, bis 1932 Kandidat des Politbüros, wurde Opfer der Stalinschen „Säuberungen“. Daß ein Großteil der Spitzenfunktionäre dieses Schicksal erlitt, gehört zu den Ursachen des „Stalinismus-Trauma“ der deutschen Kommunisten, das bis heute fortwirkt ⁴⁶⁾.

Die KPD mußte aber 1945 nicht nur sehr große Verluße in ihrem zentralen Funktionärskorps feststellen. Ähnliches galt für die Bezirke. Die großen Lücken im Führungskorps mußte die KPD durch Nachwuchsfunktionäre füllen, teilweise konnte sie Kommunisten aus der CSR und Funktionäre aus Westdeutschland heranziehen.

Die oberste Spitzenführung der SED setzte sich in den folgenden Jahren (soweit sie aus der KPD kam) selbstverständlich aus Funktionären zusammen, die fast alle dem alten Führungskorps angehört hatten. Das gilt für alle 7 Zentralsekretariats-Mitglieder nach dem Vereinigungsparteitag und 7 von 8 Zentralsekretariats-Mitgliedern nach dem II. SED-Par-

teitag 1947. Der größere Teil jener 105 Funktionäre des alten Führungskorps, die 1945 in der SBZ waren, erhielt allerdings in den folgenden Jahren keine führenden Positionen mehr. Der III. Parteitag der SED 1950 wählte ein ZK aus 51 Personen (darunter 32 Altkommunisten), von denen nur 15 dem alten Führungskorps angehört hatten (von 30 Kandidaten des ZK nur 3). Schon in den ersten Landtagen 1946 waren die Mitglieder des alten Führungskorps schwach vertreten.

Hier läßt sich ein weiteres Kaderproblem der KPD nach 1945 ablesen: Offensichtlich waren viele der in der früher oppositionellen KPD tätigen höheren Funktionäre für die neuen Positionen der Staatspartei nicht „tauglich“; sie mußten durch Nachwuchskräfte ersetzt werden.

Die KPD-Führung hatte 1945 politische Schwierigkeiten; sie mußte die neue Linie durchsetzen und die Partei in eine staatstragende Funktion überführen. Das galt allerdings im wesentlichen nur für die Sowjetische Besatzungszone, wodurch die zentralistisch organisierte und einheitlich auf ganz Deutschland ausgerichtete KPD in weitere Schwierigkeiten geriet. Durch die kritiklose Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht schließlich isolierte sich die KPD von der Masse der Bevölkerung.

Diese komplizierte Lage wurde durch die Situation der Kader verschärft. Die alten Parteimitglieder wurden in der neuen Massenpartei zur Minderheit. Die großen Blutopfer gerade der Funktionäre im Widerstandskampf 1933-1945 erschwerten das Problem der Funktionsbesetzungen in der Partei und vor allem in Staat und Gesellschaft. In dieser Sachlage wurde die Einschmelzung der SPD wichtig ⁴⁷⁾, jedoch noch bedeutsamer die Umwandlung der SED in eine stalinistische Partei „neuen Typus“ ab 1948: Die nun zahlreich vorhandenen Kader konnten geschult, diszipliniert und notfalls ausgewechselt werden. Soweit sie nicht angepaßt waren, wurden in den fünfziger und sechziger Jahren die alten KPD-Kader von 1945 ausgewechselt oder abgeschoben, denn sie hatten im wesentlichen ihren Zweck erfüllt.

⁴⁵⁾ Vgl. dazu: Exil in der Sowjetunion, in: Europäische Studien, Heft 14/15-1976 und Heft 34/36-1976;

⁴⁶⁾ Vgl. Hermann Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945—1976, Hannover 1976, S. 8 f. Liquidierung deutscher Kommunisten (Liste), Der dritte Weg, 4. Jg. Nr. 1-1968, S. 6 f.; Weber, Wandlung, a. a. O. (Anm. 22), Bd. 2, S. 36, 40; Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915—1945, 3. Aufl. Köln 1973, S. 359.

⁴⁷⁾ Über die weitere Entwicklung der Mitgliedschaft nach der Vereinigung, auch die regionale und strukturelle Zusammensetzung, vgl. z. B. Walter Beling, Planmäßige Werbung, in: Neuer Weg, Heft 8, 1947, S. 11 ff.

Vilém Fuchs: Nach zehn Jahren — Rückblick auf den Prager Frühling

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/78, S. 3—23

Dem „Prager Frühling“, jener Periode vom Januar 1968 bis zur militärischen Intervention Moskaus und dessen Verbündeten im August desselben Jahres, geht ein langer Differenzierungsprozeß innerhalb der tschechoslowakischen KP voraus. Das System ist in tiefen Widerspruch geraten zur Gesellschaft und deren Bedürfnissen; es erweist sich als unfähig, die Aufgaben der weiteren ökonomischen und geistigen Entwicklung zu lösen. Es geht darum, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, der es der KP ermöglicht, ihre „führende Rolle“ unter neuen Bedingungen weiter auszuüben.

Die Demokratisierung der Verhältnisse, eingeleitet nach dem Amtsantritt Alexander Dubčeks, ist ein Versuch, dieses Ziel durch die Schaffung eines „demokratischen Sozialismus“, eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, zu erreichen. Kaum werden die Prinzipien dieses Versuchs entwickelt, treffen Warnungen, später Drohungen aus Moskau, Warschau und Ost-Berlin ein: das Prager Experiment bedrohe die Einheit des sozialistischen Lagers, es öffne der Konterrevolution Tür und Tor. Prag schlägt die Warnungen in den Wind in der Überzeugung, es könne sich nur um ein Mißverständnis handeln. Die Drohungen führen außerdem zu einem Solidarisierungseffekt unglaublichen Ausmaßes zwischen der von außen bedrängten KP-Spitze einerseits und den Tschechen und Slowaken andererseits.

Die Intervention der fünf Warschauer Paktstaaten wird mit der internationalistischen Pflicht der sozialistischen Staaten begründet, den Sozialismus überall da kollektiv zu verteidigen, wo er bedroht ist. Diese Begründung stößt auf allgemeine Ablehnung — auch und vor allem in den westlichen kommunistischen Parteien. Sie wirkt als Anstoß zu einer beschleunigten Abgrenzung dieser Parteien von Moskau, zu einer Stärkung eurokommunistischer Tendenzen.

Der Eingriff in die tschechoslowakischen Verhältnisse hat für dieses Land katastrophale Konsequenzen. Hunderttausende Menschen werden politisch, geistig, existentiell betroffen. Es setzt eine Verfolgungswelle ungeahnten Ausmaßes ein, die bis heute andauert.

Hermann Weber: Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ. Probleme bei der kommunistischen Kaderbildung vor der SED-Gründung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/78, S. 24—31

Während über die politischen Konzeptionen der deutschen Kommunisten 1945/46 eine ganze Reihe von Veröffentlichungen Auskunft gibt, fehlen entsprechende Darstellungen der organisatorischen Entwicklung bis zur SED-Gründung. Bereits vor der Zulassung der Partei durch die SMAD (10. Juni 1945) begann der organisatorische Neuaufbau, zunächst beschränkt auf die alten Funktionäre. Nachdem die alten Kader das Organisationsgerüst der Partei geschaffen hatten und damit die Disziplinierung möglich war, wollte die Führung rasch eine Massenbasis bilden. Obwohl sich die KPD durch Identifizierung mit der sowjetischen Besatzungsmacht von der Bevölkerung isolierte, konnte sie die Mitgliederzahl rasch steigern. Die Kommunisten besaßen als Widerstandskämpfer gegen Hitler Autorität, sie hatten überdies Posten zu vergeben, da sie mit der Besatzungsmacht liiert waren. Während die KPD vor 1933 auf dem Gebiet der heutigen DDR 100 000 Mitglieder zählte, erreichte die Partei bis Frühjahr 1946 600 000 Mitglieder. Es gab erhebliche regionale Unterschiede, in Mecklenburg z. B. kamen auf einen Altkommunisten 20 neue Mitglieder. Beispiele aus verschiedenen Orten zeigen, wie die alten Kader zur Minderheit in der Partei wurden. Das Drängen der KPD zur Vereinigung mit der SPD hatte so auch kaderpolitische Überlegungen: Um alle Funktionen in Staat, Verwaltung usw. besetzen zu können, hätte die Partei weitere Mitglieder aufnehmen müssen, damit auch Karrieristen die Tore geöffnet. Durch die Einschmelzung der SPD und die Assimilierung der Sozialdemokraten war das Problem besser zu lösen. Die Kommunisten hatten überdies im führenden Funktionärskorps Schwierigkeiten. Durch die hohen Verluste im Kampf gegen Hitler mußte die Führungselite der späteren DDR neu rekrutiert werden. Von 376 Parteiführern der alten KPD standen nur 105 Funktionäre in der SBZ zur Verfügung, allein 102 waren als Opfer des Hitler-Regimes umgekommen, aber auch 27 bei den Stalinschen „Säuberungen“. Außerdem zeigte sich, daß ein Teil der in der früher oppositionellen KPD tätigen höheren KPD-Funktionäre für die neuen Positionen der Staatspartei nicht geeignet waren und ebenfalls durch Nachwuchskräfte ersetzt werden mußte.